:antifaschistische nachrichten

Nr. 18

g 3336 11.9.2008 24. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de



pab/www.foto-journalisten.com

20. September: Rassisten-kongress verhindern!

Für die acht Brautpaare im Kölner Rathaus gab es am 28. August ein weit gefächertes Publikum auf dem Rathausvorplatz. Auf der einen Seite von Sperrgittern umringt etwa 30 „pro Köln“ Anhänger mit „Anti-Moschee-Schildchen“ – auf der gegenüberliegenden Seite etwa 150 antifaschistisch Gesinnte mit Transparenten, Sprechchören, Flyern und Plakaten. Dazwischen die Brautpaare und unzählige Fotografen und einige Kamerateams. Anlass war die Abstimmung im Rat über den Bebauungsplan für die Errichtung der Moschee in Köln-Ehrenfeld (siehe auch S. 6).

Zwei Brautpaare ließen es sich nicht nehmen zum Andenken „an den schönsten Tag in ihrem Leben“ ein paar Fotos von sich vor den Gegendemonstranten schießen zu lassen. Ein klares Game over für „pro Köln“ also, für die die Brautpaare nur Spott à la „Sagt alle Moschee“ beim obligatorischen Lächeln für den Fotografen übrig hatten.

Zu guter Letzt musste die Ratsfraktion von „pro Köln“ noch kurz an der Gegendemonstration Richtung Rathauseingang vorbei, was mit ein paar geworfenen Bierdeckeln „Kein Kölsch für Nazis“ begleitet wurde.

In Anbetracht der kurzen Mobilisierungszeit eine gelungene Aktion im Vorfeld der Proteste gegen den „Anti-Islam-Kongress“ am 20. September (siehe auch Berichte auf indymedia).

Der „Kongress“ – inzwischen mehr eine Kundgebung – soll „pro Köln“ und ihrem Ableger „Pro NRW“ insbesondere dazu dienen, in die kommenden Wahlkämpfe, die Kommunalwahlen 2009 und die NRW-Landtagswahlen 2010 einzusteigen, aber auch die Zusammenarbeit der extrem rechten Parteien in Europa soll ausgebaut werden. Umso wichtiger ist es, den Rassisten an diesem Tag einen dicken Strich durch die Rechnung zu machen und dafür zu sorgen, dass dieser Kongress verhindert wird.

Wie soll das geschehen? Durch Massenmobilisierung und durch zivilen Ungehorsam. Köln muss dicht sein an diesem Tag.

Das hat sich vor allem das breite, linke Blockadebündnis „Aufgestanden, Hingesetzt, Blockiert“ auf die Fahnen geschrieben. Treffpunkt für TeilnehmerInnen dieser Aktion ist um 9 Uhr am Gürzenich. Die Mitglieder dieses Bündnisses, vor allem Kräfte aus dem linken Spektrum, aber auch Künstler, alternative Kneipen, die Grünen und viele Einzelpersonen haben sich die erfolgreichen Blockaden der letztjährigen Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm zum Vorbild genommen. Ziel soll es sein, die Straßen und Plätze um den Heumarkt derart mit einer bunten und lauten Menschenmasse zu „verstopfen“, dass Le Pen und Konsorten gar nicht erst dort hin kommen. Hierfür ist es natürlich wichtig, dass am Samstag so viele Demonstrantinnen und Demonstranten wie möglich unterwegs sind.

Auch der DGB und das von ihm initiierte – größtenteils die bürgerliche Öffentlichkeit abdeckende – Bündnis „Wir stellen uns quer – Kein Rassismus in Köln“ beginnt seine Gegenkundgebung in unmittelbarer Nähe zu den Neonazis, um 9 Uhr am Roncalliplatz, um von dort mit einer Demonstration Richtung Heumarkt zu ziehen.

Zum Schluss ist hier eine Menschenkette westlich des Heumarktes geplant. Auch für den DGB steht fest: „Der angekündigte Rassistenkongress darf nicht stattfinden“, und so soll die Menschenkette direkt an einem der Zugänge zum Kongressort den braunen Populisten deutlich machen: In Köln ist kein Platz für ihre menschenverachtenden Ideologien! Die beiden Bündnisse verstehen sich bewusst nicht als Konkurrenz, sondern sollen sich gegenseitig ergänzen.

Am 20.9. müssen alle zusammen ihren Widerstand auf die Straße tragen: GewerkschafterInnen, MigrantInnen, Linke, AntifaschistInnen, Studierende, aber auch unorganisierte Kölnerinnen und Kölner, die keine Rassisten in ihrer Stadt haben wollen. Der braunen Hetze soll an diesem Tag bunte Vielfalt entgegenstehen!

Mit den Mitteln des zivilen Ungehorsams soll der Heumarkt von allen Seiten dicht gemacht werden. Wir werden da sein, so dass es am Ende für Pro Köln und seine Gäste heißt: Sie kommen nicht durch! *jk* ■

Weitere Infos und Termine finden sich unter: www.hingesetzt.mobi www.dgb-region-koeln.de

Aus dem Inhalt:



Dortmund. Mehr als 1500 Menschen haben im Laufe des Samstag, 6.9. bei einem Demonstrationszug und einer Kundgebung vor dem Opernhaus gegen einen Aufmarsch von Neonazis aus ganz Deutschland und dem europäischen Ausland demonstriert. Trotz des Verbots zogen nach der Kundgebung vor dem Opernhaus rund 700 Demonstranten zur Gedenkstelle vor dem Wasserturm am Heiligen Weg. Von dort bewegte sich der nicht genehmigte Umzug bis vor die jüdische Kultusgemeinde an der Prinz-Friedrich-Karl-Straße. Innerhalb des Neonazi-Umzuges, der mit großer Verspätung startete und immer wieder ins Stocken geriet, zeigten viele Teilnehmer nach Polizeieinschätzung ein hohes Gewalt- und Aggressionspotenzial. Bei Auseinandersetzungen mit der Polizei wurden wiederholt Feuerwerkskörper gezündet und Flaschen geworfen. 16 Polizeibeamte wurden dabei leicht verletzt. Mit 1000 Teilnehmern war es einer der größten Nazi-Aufmärsche der letzten Zeit.

Rudel aus Dresden

Dresden. Der Dresdner Verlag „Winkelried“ hat ein Buch des damaligen NS-Jagdfliegers Hans-Ulrich Rudel neu aufgelegt. Rudels Buch mit dem Titel „Von den Stukas zu den Anden“ war zu Beginn der 80er Jahre vom „Schütz“-Verlag verlegt worden, der 1950 von dem ehemaligen SS-Hauptsturmführer Waldemar Schütz mitgegründet worden war. Rudel (1916-1982), der schon als Freiwilliger der „Legion Condor“ im Spanischen Bürgerkrieg auf seiten Francos gekämpft hatte, war der von den Nazis höchstdekorierte deutsche Teilnehmer des 2. Weltkriegs. Nach seiner Rückkehr aus dem argentinischen Exil engagierte sich Rudel für die neofaschistische „Deutsche Reichspartei“. Später unterhielt er enge Kontakte zu dem Verleger und heutigen DVU-Chef Gerhard Frey, der 1983 den „Ehrenbund Rudel“ als „Gemeinschaft zum Schutz der Frontsoldaten“ gründete. Bereits im vergangenen Jahr war im „Winkelried“-Verlag das von Otto Kumm verfasste Buch „Vorwärts, Prinz Eugen“ über die 7. SS-Freiwilligendivision neu aufgelegt worden. Kumm (1909-2004) war Regimentskommandeur bei der 2. SS-Division „Das Reich“ und Ehrenvorsitzender der „HIAG“, der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS“, bis zur ihrer Auflösung auf Bundesebene im Jahr 1992.

hma ■

NPD-Fußballturnier in Krefeld

Krefeld. Weit über 100 Personen, die NPD selbst spricht von 200 Personen, nahmen am 30. August an einem Fußballturnier der NPD teil, das vom Kreisverband Krefeld mit Unterstützung des NPD-Landesverbandes NRW ausgerichtet wurde. Das Turnier durfte auf dem Freizeitgelände rund um den Elfrather See stattfinden. Örtlichen AntifaschistInnen wurden Platzverweise angedroht, sollten sie gegen das Treffen der NPD vor Ort protestieren wollen. Das zeitgleich stattfindende „Fest ohne Grenzen“ in der Krefelder Innenstadt konnte ungestört stattfinden.

peb ■

Erneute Nazi-Demo in der Sächsischen Schweiz

Pirna/Königstein. Nachdem vor knapp zwei Wochen etwa 150 Nazis durch Pirna marschiert sind und „Todesstrafe für Kinderschänder“ skandierten, gab es am 30. August eine erneute Demo in der Sächsischen Schweiz. Allerdings war der Anlass ein anderer. Etwa 60-70 Nazis trauerten um Uwe Leichsenring, der vor 2 Jahren auf der B 172 ums Leben kam. Sie zogen durch Königstein und sammelten sich am Friedhof, wo mehrere Nazikader (z.B. Thomas Rackow) Trauerreden hielten. Im Jahr zuvor kamen noch 150 Nazis zu der Trauerveranstaltung; im Todesjahr waren es sogar 250.

Wenige Tage vor Leichsenrings Todestag sollen Unbekannte die Parole „Es war Mord“ an der Unfallstelle angebracht haben. Das zeigt, dass Verschwörungstheorien bei Nazis stets auf fruchtbaren Boden stoßen und immer noch geglaubt wird, dass der Unfall kein Zufall gewesen ist. War doch Uwe Leichsenring Fahrlehrer von Beruf.

Uwe Leichsenring war seit 2004 für die NPD als Mitglied im Sächsischen Landtag tätig. Weiterhin war er stellvertretender Fraktionsvorsitzender der NPD im Kreistag Sächsische Schweiz. Er hatte gute Kontakte zur ehemaligen militanten Kameradschaft „Skinheads Sächsische Schweiz“ und unterstützte diese auch tatkräftig. Er führte zudem eine Fahrschule. In Königstein war er seit 1999 NPD-Fraktionsvorsitzender im Stadtrat.

Quelle: www.indymedia.org ■

Aktion 65 plus“ ruft zum „zivilen Ungehorsam“ auf

Dortmund. Eine Gruppe von engagierten Senioren wollten den Aufzug der Neonazis am Samstag, 6.9. verhindern. Sie riefen daher offen zu einer Blockade auf.

„Wir haben die Kriegszeit erlebt: Bombennächte, Hausdurchsuchungen, Eltern im KZ, Verwandte, die im Krieg starben, jüdische Nachbarn, die verschleppt wurden“ erklärt Willi Hoffmeister (75). „Und die Nachfolger der Nazibande, die das verschuldet hat, missbrauchen den Antikriegstag“, ergänzt Ulli Sander (67). Beide gehören zu den Erstunterzeichnern der „Aktion 65 plus“. Unterschrieben haben auch Künstler wie die Schauspieler Ines Burkhardt und Claus Dieter Clausnitzer sowie Hartmut Anders-Hoepgen, Sonderbeauftragter des OB für Toleranz, Vielfalt und Demokratie. „Wir wollen nicht mehr zusehen, wenn die Nazis marschieren. Wir wollen ihnen entgegentreten und sie stoppen“, erklärt Wolfgang Richter (73) die Idee.

Die Gruppe hatte eine Mahnwache an den Stolpersteinen an der Ecke Märkische Straße/Ernst-Mehlich-Straße angemeldet. „Wir wollen nicht, dass Nazistiefel über die Steine der NS-Opfer trampeln“, so Hoffmeister. Der Polizei ist diese Form des friedlichen Protests angekündigt worden. „Das ist nicht strafbar. Sträflich wäre es, die Nazis gewähren zu lassen. Das wäre grundgesetzwidrig“, so Ulli Sander. Natürlich seien nicht nur Senioren zum „zivilen Ungehorsam“ aufgerufen, sondern alle, die gewaltfrei protestieren wollten. Dies soll im Anschluss an die Kundgebung auf dem Platz der alten Synagoge geschehen, berichtete die WAZ

Die Polizei verbot jedoch alle Anti-Nazi-Demonstrationen südlich des Platzes der Alten Synagoge. Auch die Stolpersteine und Gedenkorte sollten für Nazi-Gegner unerreichbar sein. Dagegen intervenierte die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN - Bund der Antifaschisten) erfolgreich vor dem Verwaltungsgericht. Die Stolpersteine wurden freigegeben. Rund 700 Menschen mach-

ten sich so am Samstag auf den Weg in Richtung jüdischer Friedhof und zu den „Stolpersteinen“, die an getötete Juden während des Nazi-Regimes erinnern.

Quelle: WAZ und www.nrw.vvn-bda.de ■

Rechte Übergriffe bleiben konstant hoch

Sachsen. Die Opferberatung für Betroffene rechter Gewalt des RAA Sachsen e.V. erhielt von Januar bis Juni 2008 Kenntnis von 136 rechten Übergriffen im Freistaat Sachsen. Damit blieben die Zahlen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum mit registrierten 139 Übergriffen konstant hoch. Zusätzlich muss von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen werden. Die Beratungsstellen für Betroffene rechtsextremer Gewalt zählen keine Propaganda- oder Beleidigungsdelikte.

Dazu erklärt Grit Armonies, Projektkoordinatorin der Opferberatungsstellen des RAA Sachsen e.V.:

„Die Zahlen belegen, dass in Sachsen nahezu täglich ein rechter Übergriff stattfindet. Erschreckend ist, dass im Unterschied zu den vorangegangen Jahren zunehmend wieder rechtsextreme Brandanschläge verübt werden, bei denen bewusst die Gefährdung von Menschenleben in Kauf genommen wird.“ Schwerpunkte der Übergriffe sind die Stadt Leipzig mit 28 Angriffen (1. Hj. 2007 – 19), die Stadt Dresden mit 21 (1. Hj. 2007 – 11) und der Muldentalkreis mit 14 Angriffen (1. Hj. 2007 – 6). Jenseits rechter Gewalttaten berichten zahlreiche Betroffene von einem hohen Maß an alltäglichem Rassismus.

Von den 136 Übergriffen waren 243 Personen direkt betroffen. Der Großteil der Straftaten richtete sich gegen Menschen, die aus rassistischen Gründen angegriffen wurden – hiervon waren 66 Personen betroffen. Insgesamt 62 - vor allem jugendliche - Menschen wurden angegriffen, weil sie nicht rechts waren und 13 Personen aufgrund ihres Engagements gegen Rechts.

Grit Armonies: „Eine demokratische Gesellschaft kann es nicht dulden, dass Menschen von Rechtsextremisten angegriffen werden, weil sie nicht in deren menschenverachtendes Weltbild passen. Dies erfordert ein gesamtgesellschaftliches Engagement. So sind der Bund und die Länder gefordert, Initiativen und Projekte gegen Rechts weiterhin zu fördern. Aber auch der Einzelne ist verpflichtet, bei rechten Übergriffen einzuschreiten.“

Quelle: www.raa-sachsen.de, e-mail: opferberatung.dresden@raa-sachsen.de ■

Zentrale Erfassung von Sinti und Roma in Italien in der Kritik

Italien. Die im letzten Monat bekannt gewordenen Pläne der italienischen Regierung, alle Roma und Sinti – inklusive Kinder – in einer Datenbank mit biometrischen Daten zu erfassen, sind europaweit auf harsche Kritik gestoßen.

Der Europarat beispielsweise äußert „tiefste Besorgnis“ über die Pläne der Berlusconi-Regierung und die vermehrten Übergriffe gegen Roma und Sinti. „Deren Maßnahmen verstoßen gegen die Menschenrechte und die humanitären Grundregeln und fördern neue Fälle von Xenophobie“, heißt es in dem Bericht des Menschenrechtsbeauftragten des Europarats, Thomas Hammarberg, der sich mehrere Tage in Italien aufhielt.

Als „besonders bedenklich“ wertet Hammarberg „die direkte oder indirekte Duldung rassistischer Vorfälle durch Politiker, Parteien und einzelne Medien“. Auch Romani Rose, der Vorsitzende des Zentralrats deutscher Sinti und Roma, sieht eine „erschreckende Entwicklung in der EU“.

„Die Maßnahmen der Regierung Berlusconi mit erkennungsdienstlichen Sondermaßnahmen und Erklärung des Notstands erinnert uns an die schlimmste Vergangenheit – und sie sind ein klarer Verstoß gegen den EU-Vertrag. Sinti und Roma sind EU-Bürger“ und sollten als solche behandelt werden, sagte Rose in einem Zeitungsinterview.

Die in Wien ansässige Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hat Mitte August eine Mission nach Italien entsandt, um Informationen über die Lebensbedingungen der Sinti und Roma zu sammeln. Im Rahmen der einwöchigen Mission soll mithilfe der italienischen Behörden die Situation der Roma in Rom, Mailand und Neapel überprüft werden.

Die italienische Regierung reagierte derweil mit Unverständnis auf die Vorwürfe: „Keine Initiative ist gegen eine bestimmte ethnische Gruppe ergriffen worden.“ Die Zählung der in Behelfssiedlungen lebenden Roma sei aus humanitären Gründen in die Wege geleitet worden und sei keineswegs auf ethnischer Basis beschlossen worden.

Die Europäische Agentur für Grundrechte (FRA) veröffentlichte derweil einen Report, der die Situation der Roma und Sinti in Italien beleuchtet und besonders auf die Übergriffe dieses Sommers in Neapel eingeht. Er kann heruntergeladen werden unter:

www.migration-online.de/fra_roma_report ■

Rot-Grün fordert Fach- und Koordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus

München. 12.8. Das rot-grüne Rathausbündnis fordert eine beim Oberbürgermeister angesiedelte Fach- und Koordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus. Im Vorgriff darauf sollen alle derzeitigen Aktivitäten des Stadtjugendamts, des Schulreferats, des Kulturreferates sowie des Bündnisses für Toleranz dem Stadtrat vorgestellt werden. Durch die neue Stelle wird das Netzwerk gegen den Rechtsextremismus koordiniert. Zudem wird bei einem freien Träger eine Recherche- und Koordinatorenstelle geschaffen. Ebenso ist eine personelle Aufstockung der Abteilung Jugendschutz im Stadtjugendamt angedacht. Das Kulturreferat soll gemeinsam mit einem freien Träger eine Konzeption für politische Jugendbildung im NS-Dokumentationszentrum erarbeiten. Bestehende und neue Aktivitäten der Stadt und der freien Träger sollen so gebündelt und gezielte Handlungsstrategien entwickelt werden.

→

Siegfried Benker, Fraktionsvorsitzender Die Grünen – rosa liste: „Der Kampf gegen den Rechtsextremismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die ein konzertiertes Vorgehen erfordert. Deshalb begrüße ich ausdrücklich die Bereitschaft von OB Ude, eine Koordinierungsstelle im Direktorium anzusiedeln, um die vielfältigen Aktivitäten zu bündeln und die Bedeutung des Themas hervorzuheben.

Langfristig brauchen wir eine Strategie, mit der wir gerade bei jungen Leuten Interesse für die Geschichte des Nationalsozialismus in München wecken können. Dabei wird die politische Jugendbildung im zukünftigen NS-Dokumentationszentrum eine wichtige Rolle spielen.“

http://www.sigi-benker.de ■

Rechtsextremer Aktivist im Bundestag

BAUTZEN. Der von der selbsternannten „Bürgerbewegung Pro NRW“ samt ihrer lokalen Gliederung „Pro Köln“ geplante „Anti-Islamisierungskongreß“, der für den 19. bis 21. September in der Domstadt geplant ist, soll „in die Geschichte eingehen“. Das wünscht sich der ehemalige CDU-Politiker Henry Nitzsche. Und zwar als „der Tag, an dem europäische Patrioten aufstanden, um der islamischen Erstürmung unserer Vaterländer endlich Einhalt zu gebieten“, wie er in einem Grußwort schreibt.

Nitzsche, der am 15. Dezember 2006 aus der CDU austrat, ist seither fraktionsloser Bundestagsabgeordneter und mittlerweile Vorsitzender der im Februar 2008 gegründeten rechten Wählervereinigung „Bündnis Arbeit, Familie, Vaterland“. Bei den sächsischen Kommunalwahlen im Juni dieses Jahres kandidierte er für das Amt des Landrats im Kreis Bautzen und erzielte mit 13,2 Prozent der abgegebenen Stimmen zumindest einen Achtungserfolg. Dass der Bundestagsabgeordnete sich gegen die von Rechtsextremen herbeifabulierte „Islamisierung Deutschlands“ stark macht, verwundert nicht. Bereits vor drei Jahren war Nitzsche mit der 2004 von der NPD verwendeten Parole „Arbeit, Familie, Vaterland“ in den Wahlkampf gezogen. Der Slogan war als „Travail, Famille, Patrie“ bereits Wahlspruch des französischen Vichy-Regimes während der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg gewesen.

Wes Geistes Kind der Hinterbänkler ist, zeigte er bereits als Christdemokrat. Ende 2006 sorgte er für Schlagzeilen, als bekannt wurde, dass er auf einer Veranstaltung der sächsischen CDU zum Thema „Patriotismus“ erklärt hatte, man brauche denselben, „um endlich vom Schuldkult runterzukommen“, damit Deutschland „nie wieder von Multikultischwuchteln in Berlin regiert“ werde.

Derzeit warnt der Rechtspopulist vor islamischen „Parallelgesellschaften mitten im Herzen unseres christlichen Abendlandes“, in denen „geltendes Recht ignoriert und unsere Kultur mit Füßen getreten“ werde. Darüber hinaus hat er sich die Verunglimpfung der DDR auf die Fahnen geschrieben. So bemängelt er auf seiner Internetseite, die Bundesregierung wolle die »Verharmlosung von SED-Verbrechen« nicht als „Volksverhetzung“ unter Strafe stellen.

Sollte Nitzsches Wählervereinigung im kommenden Jahr tatsächlich zu den sächsischen Landtagswahlen antreten, dürfte dies sowohl der CDU als auch der NPD Bauchschmerzen bereiten. Schließlich war Nitzsche 2005 als Direktkandidat und nicht über eine Landesliste in den Deutschen Bundestag eingezogen und genießt im Freistaat offenbar einiges Ansehen.

Quelle: Junge Welt 3.9.2008 ■

Deutsches Manifest

BOCHUM/ESCHBORN. Die neofaschistischen „Unabhängigen Nachrichten“ rufen ihre Leser zur Unterstützung des „Manifest der Deutschen 2008“ auf. Dort wird u.a. behauptet, Deutschland drohe „zum Spielball fremder Mächte“ zu werden und sei „zunehmender Überfremdung ausgesetzt“. Gefordert wird dort u.a. die „Rückkehr zum Staatsbürgerschaftsrecht, dem die Abstammung des einzelnen (ius sanguinis) – und nicht der Ort seiner Geburt (ius soli) – zugrunde liegt“, eine „gerechte Beurteilung unserer Väter- und Großvätergeneration“ und eine „politische Eigenständigkeit unseres Landes in einem Europa der Vaterländer“.

Zu den Erstunterzeichnern des Manifestes, für das sich Prof. Dr. Wilhelm Lutz aus Eschborn verantwortlich zeichnet, gehört der aus der CDU ausgeschlossene ehemalige Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann (Neuhof), Ehrenmitglied der Wählervereinigung „Arbeit – Familie – Vaterland“ des 2006 aus der CDU ausgetretenen Henry Nitzsche aus Sachsen.

Mit Herbert Gassen (Bruchköbel) vom „Arbeitskreis Konservativer Christen“ findet sich noch ein weiteres ehemaliges CDU-Mitglied im Kreis der Erstunterzeichner. Der Tierarzt Dr. Hartmut Kluge (Hövelhof) hatte sich schon 2004 mit Hohmann solidarisch gezeigt.

Gigi Romeiser (Maintal) hatte 2005 an der Gründung der sog. „Bürgerbewegung pro Deutschland“ teilgenommen, deren Vorsitzender der Stadtrat der extrem rechten „Bürgerbewegung pro Köln“, Manfred Rouhs, ist. Texte von Romeiser erschienen in den letzten Jahren auch in der „Stimme des Gewissens“, die vom unlängst verbotenen „Collegium Humanum“ (Vlotho) herausgegeben wurde. Erstunterzeichnerin Gerda Wittuhn (Hamburg) war 2005 als Beisitzerin in den Gründungsvorstand von „pro Deutschland“ gewählt worden. Zuvor hatte sie einen Arbeitskreis der „Schill-Partei“ geleitet. Alfred Zips hatte noch im vergangenen Jahr dem Bundesvorstand der extrem rechten „Deutschen Partei“ angehört.

hma ■

Dresden: „Zeitgespräche“ nicht zeitgemäß

DRESDEN. Offenbar aufgrund einer Intervention von AntifaschistInnen wurde der Ort für ein am Wochenende in Dresden geplantes Treffen von RevisionistInnen und Neonazis zum zweiten Mal gekündigt. Seit Wochen hatte die geschichtsrevisionistische Zeitschrift „Deutsche Geschichte“ aus dem rechten Druffel-Verlag ihre Tagung „Zeitgespräche“ angekündigt. Diese sollte am Wochenende 29.-31. August in Dresden mit ca. 150 TeilnehmerInnen stattfinden.

Ursprünglich in einem Mehr-Sterne-Hotel in Radebeul geplant, stornierte dieses die Buchung, „nachdem die Geschäftsleitung über den tatsächlichen Hintergrund der geplanten Veranstaltung informiert wurde“, teilte das ART Dresden mit. Nun griffen die Veranstalter zu einer Finte und kündigten das Treffen „im Raum Weimar-Erfurt-Eisenach“ an.

Stattdessen buchte ein „D+V-Verlag“ sich im Dresdner art’otel ein. D+V steht für den Druffel- und Kurt Vowinckel Verlag. Beide gehören zur Verlagsgesellschaft Berg, deren Geschäftsführer Gert Sudholt ist. Nachdem auch hier die Betreiber des art’otel über ihre Gäste aufgeklärt wurden, wurde auch hier den RevisionistInnen gekündigt. Mittlerweile wurde die Veranstaltung für das Wochenende 29.-31. August komplett abgesagt.

Quelle: http://dresden.bounceme.net ■

Erneut Anschlag auf Wahlkreisbüro

DORTMUND. Zum zweiten Mal innerhalb von 14 Tagen ist das Wahlkreisbüro der Dortmunder Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke (DIE LINKE) in der Nacht auf Freitag Ziel eines Anschlags durch Neonazis geworden. Nach Aussage eines Zeugen zerstörte gegen 1.45 Uhr ein Geschoss die Frontscheibe des Wahlkreisbüros. Die Handschrift des Überfalls ist identisch mit dem Angriff am 15. August, bei dem Neonazis zusätzlich Aufkleber mit rechtsextremem Inhalt auf die Scheibe geklebt hatten.

„Das ist jetzt der vierte Anschlag auf mein Büro“, erklärt Jelpke. Zum Zeitpunkt des Anschlages ist das Büro von einem Mitarbeiter genutzt worden. „Es ist nur dem Zufall zu verdanken, dass sich dieser Kollege gerade in einem anderen Raum aufgehalten hat. Die Scheibe wurde, wie vor zwei Wochen, mit einem Geschoss zertrümmert, wahrscheinlich einer Stahlkugel, die aus einer Zwille abgefeuert wurde. Diese Waffe ist lebensgefährlich. Die Neonazis scheinen

jetzt auch Schwerverletzte oder gar Tote in Kauf zu nehmen."

Die Staatsschutzabteilung der Dortmunder Polizei weigert sich jedoch, den Tatort kriminaltechnisch zu untersuchen. „Die Beamten haben meinen Mitarbeitern erklärt, es sei ja nicht sicher, ob es wirklich einen politischen Hintergrund für den Angriff gebe", so Jelpke. „Dafür fehlt mir jegliches Verständnis. Das Bundeskriminalamt nimmt derzeit wegen der gehäuften Anschläge eine Neueinschätzung meiner Gefährdungslage vor. Bundestagspräsident Norbert Lammert hat vor wenigen Tagen aus den gleichen Gründen die fälligen Sicherungsmaßnahmen am Büro genehmigt, nur der Staatsschutz stellt sich blind und taub."

Dabei ist nicht nur das Wahlkreisbüro Ziel von Anschlägen. In derselben Nacht ist der Eingangsbereich des Wohnhauses von Helmut Manz, einem bekannten Antifaschisten und Aktivisten der Partei DIE LINKE, mit Fadenkreuz und Davidstern beschmiert und Scheiben seines PKW zertrümmert worden.

PM Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

Neonazis kündigen Besuch am Ulrichsberg an

WIEN. Zur diesjährigen Ulrichsbergfeier in Klagenfurt/Celovec kündigen schon jetzt neonazistische Gruppen ihr Kommen im Internet an. Im rechtsextremen „Thiazi-Forum" (im Nazi-Jargon: „Germanische Weltnetzgemeinschaft") wird schon kräftig die Werbetrommel gerührt. Das dreitägige Programm wird als „Super Gelegenheit zum Kontakte knüpfen und alte Kameraden kennen zu lernen!" angepriesen.

Fürs Ulrichsbergtreffen geworben wird auch auf der Seite des NPD-Organs „Deutsche Stimme", im „Heimatforum" der NVP, in den Kommentaren der Nazi-Newsseite „altermedia" sowie auf weitern einschlägigen Websites.

Wie in jedem Jahr stellt die Gemeinde Krumpendorf/Kriva Vrba ihren Kursaal für den rechtsextremen „Kameradschaftsabend" zur Verfügung. Dieser wurde bislang von der „Kameradschaft IV", der Veteranenorganisation der (Waffen-) SS ausgerichtet. Laut der Ankündigung der Neonazis werden sich bekannte rechtsextreme Gruppen dort einfinden, z.B. die „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS" (HIAG) sowie der neonazistische „Freundeskreis Halbe", welcher in Brandenburg alljährlich Neonazi-Aufmärsche organisiert. Auch die Teilnahme von (FPÖ-) PolitikerInnen wird erwartet.

„Neonazis am Ulrichsberg sind keine Randerscheinung, sondern gehörten schon immer zum Gesamtbild des Treffens", betont Josefine Broz vom AK gegen den Kärntner Konsens und führt weiter aus: „Zum 50sten Jubiläum der Grundsteinlegung des Denkmals am Ulrichsberg erwarten wir eine noch regere Teilnahme von Rechtsextremen aus ganz Europa." Am Berg tummeln sich jedes Jahr Spitzen der Kärntner und österreichischen Politik – gemeinsam mit Personen, die ihre Weltanschauung offen als „nationalsozialistisch" bezeichnen. Trotz dieser Erkenntnisse wird das Ulrichsbergtreffen auch dieses Jahr wieder durch das Bundesheer logistisch unterstützt werden.

Der AK gegen den Kärntner Konsens fordert deshalb weiterhin die sofortige Abschaffung des Ulrichsbergtreffens.

Der AK gegen der Kärntner Konsens stellt dem rechtsextremen Kärntner Erlebniswochenende auch dieses Jahr antifaschistische Aktionstage entgegen.

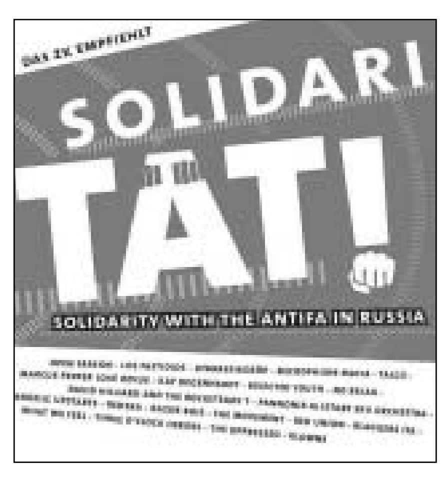
Vorläufiges Programm der Aktionstage 2008

Freitag 19.9.08: ab 14:00 Uhr: Infopoint am Alten Platz, Infos zum Ulrichsbergtreffen und den Protesten, Materialien, Bücher und eine Austellung zum Ulrichsbgertreffen, dem „Ehrenhain" und den rechtsextremen Umtrieben am Berg.
18:00 Uhr: „Good bye Ulrichsberg - Refugees welcome", Demo gegen die kärntner Abschiebepolitik, Treffpunkt: Kinoplatz

Samstag 20.9.08: ab 10 Uhr: Infopoint am Alten Platz, 14 Uhr: Stadtspaziergang. durch die Innenstadt von Klagenfurt/Celovec. Wir besuchen Orte nationalsozialistischer Verbrechen wie die ehemalige Gestapo-Zentrale, Orte rechts-revisionistischer Politik wie das „Denkmal der Opfer der Kärntner Partisanen" und versuchen zumindest temporär Plätze des Gedenkens an die Opfer des deutschnationalen und nationalsozialistischen Wahns zu schaffen. Treffpunkt: Alter Platz.
16.00 Uhr: Zeitzeuginnenveranstaltung mit Katja Sturm-Schnabl und NN. Katja Sturm-Schnabl lehrt als Dozentin an der Slawistik der Uni Wien Literatur- und Kulturgeschichte. Als Kind wurde sie 1942 mit ihrer Familie in ein Lager im „Altreich" deportiert. Sie kehrte 1945 nach Klagenfurt/Celovec zurück. Die Einladung einer weiteren Zeitzeugin ist geplant. Ort: Buchhandlung Haèek, Paulitschgasse 5-7

Sonntag 21.9.08: Demonstration gegen das Ulrichsbergtreffen

AK gegen den Kärntner Konsens, 25.8.08
www.u-berg.at ■



SolidariTAT-mit den russischen Antifas

Der vierte Sampler der Reihe „Das ZK empfiehlt" aus dem Hause „Mad Butcher" ist erschienen. Er wurde erstellt auf Initiative und zusammen mit der Gruppe „Sozialistische Kultur Arbeit" (SKA) Gütersloh und der „Cable Street Beat-Strictly Antifascist" Gruppe Gütersloh (Antifaschistische Musikvernetzung mit mittlerweile 10 Gruppen in der BRD). Diesmal werden sie noch unterstützt von der internationalen Vernetzung Antifaschistischer Gruppen „Antifa Net". Anlass ist die Situation der Antifas in Russland und die notwendige Solidarität mit diesen. Im 24-seitigen Booklet finden sich Informationen zur Situation in Russland, den Organisationen der extremen Rechten, der von diesen vertretenen Ideologie und dem Agieren der Antifa, um die Rechts-Entwicklung zu stoppen. Der komplette Überschuss der CDs wird direkt an Projekte in Russland weitergeleitet, um die Arbeit vor Ort zu unterstützen. Die Songs des Sampler wurden von Bands aus ganz Europa und Russland zur Verfügung gestellt. In bekannter Art und Weise bieten sie eine abgerundete Mischung aus Punk, SKA, Hardcore, Reggae und Northern Soul. Auch die FreundInnen des HipHop und des Traditionals werden bedient. Die beteiligten Bands: Open Season, Los Fastidos, Atatassiagröp, Microphone Mafia, Talco, Marcus Pepper Love Revue, Kai Degenhardt, Rejected Youth, Davis Hillard and the Rocksteady 7, No Relax, Pannoia Allstars Ska Orchestra, Angelic Upstarts, Redska, Razor Bois, The Movement, Red Union, Blaggers Ita, What We Feel, Three O´Clock Heroes, The Oppressed, Klowns.

Preis der CD: 5 Euro. Antifaschistische Gruppen oder Wiederverkäufer können unter der Adresse

SolidariTAT@gmx.de

11 CDs zum Preis von 50 Euro incl. Porto bestellen. ■

Moscheebau kann beginnen

Köln. Auf der Ratssitzung am 28. August beschloss der Rat gegen die Stimmen der CDU und pro Köln, bei Stimmenthaltung von Özlem Demirel DIE LINKE. Köln und von Lothar Theodor Lemper (CDU) mit großer Mehrheit den Bebauungsplan für die Errichtung einer neuen Moschee an der Venloer Straße. In dieser vorerst letzten Debatte über den Bau der Moschee ging es noch einmal hoch her im Stadtrat, nachdem die CDU erneut den Bau der Moschee mit dem Vorwand ablehnte, die Moschee sei zu groß und die Minarette zu hoch. Diese Argumente sind „an den Haaren herbeigezogen“ konterten verschiedene Ratsredner.

Der Chefredakteur des Kölner Stadt-Anzeiger hatte am gleichen Tag die Vorsitzende der Ratsfraktion der Grünen, Barbara Moritz, angegriffen, weil sie die CDU und pro Köln in eine Ecke stellt. Moritz nahm diese Äußerung in der Ratsdebatte nicht zurück und kritisierte die dumpfbackige Politik der CDU.

Zuvor hatten ca. 100 Demonstranten für den Bau der Moschee und gegen den Schulterschluss von CDU und pro Köln demonstriert. Rainer Schmidt, vom Aktionsbündnis kündigte zahlreiche Protestaktionen gegen die „Antiislamisierungs-Konferenz“ von pro Köln an.

Pro Köln selber waren mit wenigen Demonstranten vor dem Rathaus erschienen. Rouhs war ganz stolz darauf, dass pro Köln die CDU zur Ablehnung des Baus der Moschee gebracht habe: Dies sei der größte Erfolg ihrer bisherigen Ratsarbeit gewesen. *jöd* ■

Jörg Detjen für DIE LINKE. in der Ratsdebatte:

„Über Jahre hat „pro Köln“ Hetzreden gegen den Bau der Moschee gehalten. Die Moschee wird aber trotzdem gebaut. Die demokratischen Kräfte in Köln lassen sich nicht irritieren. Wir haben uns durchgesetzt. Das war nicht in jeder Stadt so, die ähnliche Konflikte hatte.

Ganz nüchtern müssen wir aber feststellen: Die Reihen haben sich etwas gelichtet. Große Teile der CDU stimmen gegen die Vorlage und der Chefredakteur des Kölner Stadt-Anzeigers, Franz Sommerfeld, zeigt in seinem heutigen Kommentar großes Verständnis dafür und würde wahrscheinlich auch gegen die Moschee stimmen, wenn er dürfte.

Mit welcher Arroganz die Moschee-Debatte von vielen bürgerlichen Kräften geführt wird, ist schon bezeichnend. Der besagte Chefredakteur kritisiert, dass türkische Beamte „auf deutschen Boden“ die Religionsausübung organisieren, ohne überhaupt ansatzweise zu reflektieren, dass Kardinal Meisner vom Vatikan eingesetzt wurde und auch mit dem folgenden Kardinal so verfahren wird. ...

Wir Linke treten für eine multikulturell orientierte Stadtpolitik ein. Dazu gehört, dass sich soziale und räumliche Strukturen bilden, die von kulturellen Minderheiten geprägt werden, anstatt irreale Forderungen nach sozialer Mischung oder rascher Anpassung zu stellen. Die Diffamierung dieser Strukturen als Parallelgesellschaft lehnen wir ab.

Wenn die Aufnahmegesellschaft den Zuwanderern keine dauerhaften und attraktiven ökonomischen und politischen Beteiligungsmöglichkeiten bietet und ihnen obendrein mit Vorurteilen begegnet, ist kaum zu erwarten, dass diese ihrerseits die Mühen der Integration auf sich nehmen.“ ■

Störfaktor Ausländer

Rechtsextreme und andere Hasserfüllte in Köln

Der Begriff ‚AusländerInnenfeindlichkeit‘ ist bei genauer Betrachtung zweideutig: Von wem geht Feindlichkeit aus? Werden MitbürgerInnen mit Migrationshintergrund angefeindet? Oder aber sind sie die eigentlichen Feinde, wie es in der rechtskonservativen Presse häufig suggeriert, in der rechtsextremen / revisionistischen Presse offen behauptet wird? Das bedeutet, dass ein solcher Begriff wenig zur Klärung beiträgt.

Das Bild vom stets toleranten Köln hängt schon lange reichlich schief. Kölscher Karneval, Christopher-Street-Day, rollstuhlfreundliche Zugänge, Döner-Buden und multikulturelle Straßenfeste – all das kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch in Köln, der viel beschworenen Hochburg rheinischen Frohsinns, Versuche unternommen werden, in zerstörerischer Absicht radikale Kontrapunkte zu setzen gegen das Bestreben, ein sozial verträgliches Neben- und Miteinander der unterschiedlichen Gesellschaftsbereiche und Nationalitäten zu erreichen und zu sichern.

Einen solchen Versuch starteten unlängst Aktivisten der NPD Dortmund: Sie gründeten die Initiative „Ausländerstopp-NRW“. Mit der dabei ausgegebenen Losung „Nein zur Islamisierung und Überfremdung Deutschlands“ werden gleich zwei Horrorszenarien suggeriert: Verlust a) der staatlichen Hoheit (die Deutschen als „Fremde im eigenen Land“) und b) der kulturellen Hoheit (die Deutschen als Zielscheibe / Opfer einer islamistischen Verschwörung mit aggressiv-imperialistischer Zielrichtung).

Die zustimmende Berichterstattung auf den Internet-Seiten des NPD-Kreisverbandes Köln dient dabei unübersehbar dem Zweck, besagte Initiative auch in Köln zu etablieren.

Nicht nur auf kommunalpolitiischer Ebene wird in Köln gegen MigrantInnen agitiert. Auch solche Fälle hat es gegeben, in denen sie zur Zielscheibe unmittelbarer physischer Gewalt wurden: Mitte Januar d. Jahres beschimpfen sieben Boneheads, eine ob ihrer ausgeprägten Gewaltbereitschaft besonders gefährliche Variante der Skinheads, einen Kölner mit kongolesischem Migrationshintergrund zunächst als Neger und verprügeln ihn anschließend – und das ausgerechnet in dem als besonders liberal geltenden StudentInnenviertel Kölns.

An solchen Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund, die in der jüngsten Vergangenheit in und unmittelbar um Köln herum begangen wurden, waren v.a. auch die Aktivisten der sog. „Autonomen Nationalisten“ beteiligt. Die jugendlichen Mitglieder dieser seit Anfang der 1990er Jahre aktiven Gruppierung agitieren u.a. gegen Personen mit Migrationshintergrund, Israel, die Globalisierung, Pädophile. Dabei bemühen sie sich, rein äußerlich sowie mit ihren Aktivitäten die Autonomen Linken zu kopieren, um auf diese Weise in der BRD-öffentlichen Wahrnehmung die Grenzen zwischen rechts- und linksautonomer Aktion bzw. Gewalt zu ihren Gunsten zunehmend verwischen zu lassen. Wenn es aber darum geht, ihre verfassungsfeindlichen Ziele zu verwirklichen, leiden sie kaum unter Image-Problemen und setzen häufig martialische körperliche Gewalt ein. So geschehen bspw. am 1. Mai d. Jahres in Hamburg, als Autonome Nationalisten aus einer Demonstration heraus Polizei und Gegendemonstranten angriffen.

Eines ihrer Agitationsfelder bildet Pulheim bei Köln, in dem Autonome Nationalisten seit einigen Jahren immer wieder ihre Umgebung terrorisieren.

Aus der Tatsache, dass es in Köln und seiner nächsten Umgebung zu solchen Zwischenfällen kommt, zeigt sich einmal mehr, von welch weit reichender bündnis- und parteiübergreifender Bedeutung es ist, sich sämtlichen Versuchen entgegen zu stellen, die Bevölkerung unserer Stadt zu welchem Zweck auch immer zu spalten.

Dazu ist am 20. September Gelegenheit. Dass damit ein Zeichen gesetzt werden kann, das bundesweit Wirkung haben kann, liegt auf der Hand.

hugies ■

Die Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ) – eine neonazistische Jugendorganisation

Zur Diskussion um deren Verbot

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Rechtsextremismus / Antifaschismus der LINKEN hat die folgende Argumentation zur Diskussion um ein Verbot der neonazistischen Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ) zusammengestellt. Download unter http://die-linke.de/partei/zusammenschluesse/bag_rechtsextremismus_antifaschismus/analysen_und_untersuchungen/

In der Vergangenheit sind Publikationen und Meldungen eher sporadisch und spärlich erschienen, die sich mit dem Auftreten der HDJ, ihren Zielen und Aktivitäten in den verschiedenen Teilen Deutschlands beschäftigen. Das hat sich in der jüngsten Zeit geändert, wo deren gefährliche Rolle näher beleuchtet wird. Offensichtlich unter Erklärungsdruck äußern sich nun zunehmend auch Politiker und Verfassungsschutzorgane. Es mehren sich die Forderungen nach einem Verbot dieser Organisation.

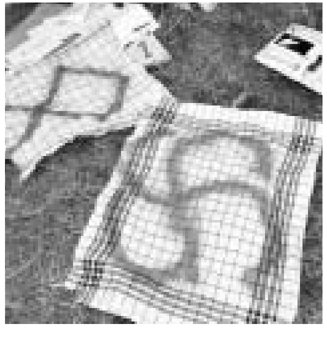
Im folgenden geben wir informativ eine Übersicht über die Ergebnisse der von verschiedenen Journalisten, Politikern und Behörden angestellten Recherchen, die die Notwendigkeit erhärten, in der Öffentlichkeit stärker über die HDJ aufzuklären und ihre Tätigkeit zu unterbinden. Die wichtigste bisher erschienene Publikation dazu ist die Ende 2007 von Andrea Röpke verfasste Broschüre „Ferien im Führerbunker. Die neonazistische Kindererziehung der Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ). (Mit einem Vorwort von Gideon Botsch herausgegeben von der Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen, Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt in Braunschweig, 128 S.). Röpke, engagierte Streiterin gegen die neonazistischen Umtriebe in der BRD und oft auch persönlich bei ihrer Arbeit von Neonazis attackiert, hat in den letzten Monaten selbst umfangreich dazu beigetragen, ihre Erkenntnisse über die HDJ in der Öffentlichkeit zu verbreiten.

Die wesentlichen Erkenntnisse zur HDJ

1. Die HDJ – offiziell in Eigenbezeichnung seit 2001 „Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ) – Bund zum Schutz für Umwelt, Mitwelt und Heimat e.V.“- war ursprünglich eine Abspaltung aus dem 1958 gegründeten „Bund Heimattreuer Jugend“, einer der zahlreichen in der Geschichte der BRD gestarteten Versuche in der Nachfolge der 1945 untergegangenen und verbotenen „Hitlerjugend (HJ)“, völkisch-nationalistische Jugenderziehung neu zu beleben. So wie die HDJ einen Schleier um ihre wirklichen Ziele legt, so ungenau ist auch ihr zentraler Sitz mit einer Adresse in Berlin und ihrem bekannten Führungszentrum in Plön. Im Dunst ist auch ihre Mitgliederstärke, die auf 500 Mitglieder geschätzt wird. Ihre Zielgruppe – „deutsche“ Kinder und Jugendliche von 7 bis 29 Jahren – ist bundesweit anzutreffen und so hat sie in den vergangenen Jahren natürlich einen weit größeren Kreis Heranwachsender nazistisch beeinflussen können.

Die HDJ ist fest eingebunden in das gesamte rechtsextreme Spektrum in der BRD. Obwohl sie sich seriös und jugendpflegerisch in ihrer Internetpräsentation gibt, spricht ihre gesamte Aktivität eine andere Sprache. Die HDJ operiert in enger Verbindung mit der NPD, der Kameradschaftsszene und diversen anderen rechtsextremen Organisationen. Ein wichtiger Unterschied besteht dabei darin, dass sie „einen bewussten Gegenpol zur neonazistischen Popmoderne mit all ihren provokant-peinlichen Inszenierungen bildet. Sie sorgt für Selbstvergewisserung und bedient das Bedürfnis nach Eindeutigkeit. Hatecore, Anglizismen, grölende Saufgelage, Piercings, einen ‚Black Block‘ – all das findet man auf den Lagern der HDJ nicht, stattdessen klare Hierarchien, militärische Disziplin, festgelegte Geschlechterrollen und dazu das passende Outfit in Uniformen und Haartrachten, die deutlich den alten Idealen von Hitler-Jugend und dem Bund Deutscher Mädel nachempfunden sind“ (Monitor, rundbrief des apabiz Nr. 31, August 2007).

2. Weltanschaulicher Geist, ideologische Ausrichtung und körperliche Abrichtung in der HDJ lassen keinen Zweifel zu, dass es sich hier um eindeutige Orientierung am Hitlerfaschismus, an der „nationalsozialistischen Jugenderziehung“ handelt. Die Belege bei Röpke, im Informationsdienst „Blick nach rechts“, in Zeitschriften und Tageszeitungen sind vielfältig und können inzwischen auch nicht mehr von den Verfassungsschutzbehörden ignoriert werden. Sie finden sich bei der HDJ



◗ in der Auswahl der Vorbilder und im vermittelten Geschichtsbild, in den Themen der Schulungen, in der Gestaltung der Feierstunden, Flaggenspielen und anderen Rituale, in der weitgehenden Übernahme von HJ-Sprache, in den Gedenkmärschen und der Konzeption der körperlichen Ertüchtigung.

◗ in den Texten der Verbandszeitschrift „Funkenflug“, die die faschistischen Kriegshelden preisen, einen Lobgesang auf die Hitlerjugend anstimmen, Nazidichter wie Kurt Eggers (SS-Division „Totenkopf“) oder Herbert Böhme (SA-Lyriker) vorstellen; in den Jahreskalendern der HDJ (im Kalender 2006 beispielsweise als „Gedenktage“ die „Rückkehr des Memellandes“ zum „Reich“, die Vernichtung von 17 sowjetischen Panzern durch den Nazieflieger Rudel, der Geburtstag des Nazidichters Hans Baumann und der Todestag des belgischen Faschistenführers Leon Degrelle, der Geburtstag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß und der Tag der Hinrichtung der Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg); in der Werbung für faschistische Bücher (z.B. des SS-Führers Erich Kernmayer).

◗ in der Teilnahme ganzer HDJ-Einheiten an der Ehrung faschistischer Führer. So wurde das Grab von Jutta Rüdiger (1937 bis 1945 Reichsführerin des Bundes Deutscher Mädel) besucht, jährlich nimmt die HDJ am sogenannten „Tollense – Marsch“ bei Neubrandenburg teil, der dem Andenken an das faschistische Idol Horst Wessel gewidmet ist. In Bad Reichenhall gedachten HDJ-Mitglieder gefallener Angehöriger der SS-Division „Charle-magne“. Selbstverständlich ist in der HDJ die Verwendung nazistischer Bezeichnungen wie „Führerbunker“ zur Kennzeichnung von Zelten oder von Sprachregelungen wie „Germania“, „Reichshauptstadt“, „Reichsfahne“, „großdeutscher Freiheitskampf“. Selbst Hakenkreuzsymbole fanden sich bei Durchsuchungen nach einem Zeltlager bei Güstrow im August 2008 (auf Schriftstücken und Geschirrhandtüchern, Tagebüchern, Liedtexten und kopierten Druckwerken). „Heil Dir“ bzw. „Heil Euch!“ als Anrede von Führern und Mitgliedern ist gang und gäbe. Fahrtenmesser mit Flammenzeichen werden verliehen wie SS-Ehrendolche.

◗ in direkten Begegnungen mit den noch verbliebenen Altnazis. Unter dem Motto

„Jung fragt Alt, wie es wirklich gewesen ist" traf man sich mit ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS auf Einladung der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS (HIAG)" in Hessen einschließlich „Eintopfessen" wie zur Nazizeit.

3. Alle Autoren und Recherchen heben hervor, dass militaristische oder paramilitärische Abrichtung – von der HDJ selbst oft mit „soldatische Erziehung" bezeichnet – ein weiteres wichtiges Kennzeichen der HDJ ist. Demokratische Erziehung kommt bereits als Begriff bei der HDJ nicht vor, Toleranz ist hier ein Schimpfwort (das sei ein „Kampfbegriff jener, die dem deutschen Volk Tag für Tag jederlei abartige und dekadente Zumutungen zukommen lassen", hieß es in der Verbandszeitschrift). Die HDJ ist klar am Führerprinzip ausgerichtet. Das schließt ein

◗ die Erziehung zum „Kämpfer". „Wir brauchen eine Jugend, die hart ist. (…) Wir brauchen Kämpfer von fanatischer Besessenheit und zäher Ausdauer", hieß es im „Funkenflug" und schon der erste Bundesführer der HDJ, Alexander Scholz, deklarierte es so: „Wir verpflichten uns Deutschland, indem wir geistige und körperliche Wehrhaftigkeit ausbilden".

◗ straff durchorganisierte Lager in Sommer und Winter mit anstrengenden Märschen (im Extremfall bis 150 km und mit Gepäck), Geländeausbildung, Härtetests („Überleben in der freien Natur"). „Wir verlangen Disziplin und Gehorsam!" heißt es im HDJ-Kalender „Unser Leben 2008".

◗ eine uniformähnliche Kleidung mit schwarzen Hosen und Jacken für Jungen und langen Röcken für Mädchen. Jeans sind verpönt. Die Anführer tragen sichtbar verschieden farbige Streifen auf der linken Brusttasche ihrer Uniform (goldene für Bundesführer und Bundesführerin, dann abgestuft in der Hierarchie silberne, rote, blaue und weiße), Verantwortliche im Dienst tragen auch verschieden farbige Kordel- und Pfeifenschnüre. Das Mitte 2007 erlassene Verbot des Bundesinnenministeriums, Uniformen zu tragen, wird missachtet. Nicht nur, dass die HDJ gegen das Verbot Einspruch erhob, die HDJ-Bundesführung spottete auch, man sei nur „mäßig beeindruckt" von der Tatsache, „dass man uns in die stillose BRDisten-Uniform zwingen will. Wir entscheiden immer noch selbst, welche Kleidungsstücke wir tragen". Daran ändere auch „ein Stück Papier mit amtlichem Briefkopf nichts".

◗ die Anwendung körperlicher Strafen bei „Vergehen" im Lager. Für das Verlieren oder Vergessen von Sachen wurden z.B. Liegestütze verordnet. Auch Scheinhinrichtungen wurden demonstriert und fotodokumentarisch festgehalten.

◗ nicht zuletzt zeigen Waffenfunde bei Aktivisten der HDJ, dass es bei ihnen nicht jugendpflegerisch zugeht und gefährliche Ziele verfolgt werden.

4. Es liegen ausreichende Beweise dafür vor, dass die Tätigkeit der HDJ im Grunde eine Nachfolge der 1994 verbotenen „Wikingjugend" (WJ) darstellt. Diese nazistische Jugendorganisation, die sich ganz bewusst an ihr Vorbild, die SS-Division „Wiking" anlehnte, war zwar seit ihrer Gründung 1952 jahrzehntelang in der BRD unbehelligt geblieben. Doch schließlich musste die Bundesregierung in ihrer Verbotsverfügung zugeben, dass die Wikingjugend das Ziel verfolgt, „mit ihrer Tätigkeit die verfassungsmäßige Ordnung fortlaufend zu untergraben und letztendlich zu beseitigen". Das ergebe sich schon ohne weiteres aus dem Umstand, dass die WJ in Programm, Vorstellungswelt und Gesamtstil eine Wesensverwandtschaft mit der früheren NSDAP und ihrer Teilorganisation „Hitlerjugend" aufweise. A. Röpke hat in ihrer Broschüre seitenlang alles Wesentliche zur WJ aufgelistet. Es ist für die HDJ kennzeichnend, dass sie

◗ ihre Tätigkeit zwar in Worten formal von der früheren WJ abgrenzt, in Arbeitsweise, Stil und Methoden aber nachahmt und fortführt.

◗ auch personell nicht wenig Kontinuität zur WJ aufweist. So war der heutige Bundesführer Sebastian Räbiger vor der Auflösung der WJ deren letzter „Gaubeauftragter" in Sachsen. In Dresden fungierte auch Eric Kaden mit Wikingjugend-Vergangenheit und dann neben zahlreichen anderen Funktionen in der rechtsextremen Szene bei der Leitstelle Mitte der HDJ. Bereits in dritter Generation ist die Familie Nahrath in WJ und HDJ aktiv. Raoul Nahrath war der erste Bundesführer der WJ, Sohn Wolfgang und Enkel Wolfram folgten ihm an der Spitze. Auch Wolframs Bruder Dirk war 1994 „Gauführer" Franken der WJ. Inzwischen sind deren Kinder schon in den neonazistischen Jugendlagern angekommen. Auch Wolfram Nahrath, heute als Rechtsanwalt für die NPD tätig, tritt immer noch in Veranstaltungen der HDJ auf und übernimmt auch mal die Verteidigung, wenn ein Funktionär der HDJ gerichtlich belangt wird. Ähnliche Familientradition aus ihrem Leben in der WJ pflegt auch die NPD-Familie Börm. Börm, heute Mitglied des Parteivorstandes der NPD und Leiter ihres „Ordnungsdienstes", 1979 wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und eines Überfalls auf ein Munitionsdepot der Bundeswehr zu einer Haftstrafe verurteilt, war früher Gauführer der WJ in Niedersachsen. Im Sinne des „Lebensbund-Konzepts" der WJ heiratete er die Schwester von Wolfram Nahrath, führte seine Kinder frühzeitig in die Reihen der WJ und nimmt noch heute mit seiner Familie an zahlreichen Aktivitäten der HDJ teil. Mit Börm ist auch der ehemalige WJ-Aktivist Stefan Köster, heute Landesvorsitzender der NPD in Mecklenburg-Vorpommern, aufgestiegen.

5. Die Verbindungen und Beziehungen zwischen HDJ und NPD sind umfassend. Praktisch betrachtet die neonazistische Partei die HDJ als Nachwuchs – und als Hilfsorganisation. Die Mitglieder der HDJ finden bei der NPD Vorbilder und Anleitung. Immer wieder treten führende Funktionäre der NPD bei der Schulung von Mitgliedern der HDJ auf. Jürgen Rieger, inzwischen zum stellvertretenden NPD-Vorsitzenden aufgestiegen, gab in seinem Hetenhof in der Lüneburger Heide jahrelang dem nazistischen Nachwuchs Unterschlupf und war geistiger Inspirator des Schulungszentrums. Als Leiter der „Artgemeinschaft-Germanische Glaubensgemeinschaft" konnte er dort seine rassistischen Thesen verbreiten. Er war auch Hauptredner bei einem der „Märkischen Kulturtage", die von der HDJ mitgetragen werden. Auch die Hetzrede des führenden Neonazis Ralph Tegethoff auf einem dieser „Kulturtage" ist dokumentiert, in der er die Abschaffung des BRD-Systems und seine Ersetzung durch einen völkischen Staat propagiert.

Besonders eng sind die Verbindungen der HDJ mit der NPD in Mecklenburg-Vorpommern nach deren Einzug in den Schweriner Landtag. Wünschte man sich im „Funkenflug" mehr Leute mit einer Einstellung wie Udo Pasteurs, dem Vorsitzenden der NPD-Landtagsfraktion, so lobt dieser im Gegenzug die Jugendarbeit der HDJ als vorbildlich. Schließlich kommt Pasteurs selbst aus der Wikingjugend. Im starken Unterstützerkreis für die HDJ in der Fraktion wirken neben den Abgeordneten Tino Müller und Stefan Köster auch die Mitarbeiter David Petereit, Torgej Klingbiel und Jörg Hähnel mit. Tino Müller ist auch Anmelder der Internetseite der HDJ. Hähnel, jetzt NPD-Landesvorsitzender in Berlin, ist mit seiner Frau Hella (ehemals Palau und ehemalige Partnerin des HDJ-Bundesführers Räbiger) auch verbandelt mit der „Einheit Preussen" der HDJ. In nicht wenigen Fällen übernehmen HDJ-Mitglieder Ordnerfunktionen bei NPD-Veranstaltungen. Wie beim Pressefest der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme" findet man HDJ-Gruppen auch bei der „kulturellen Umrahmung" für die Neonazipartei.

So wie es auch zahlreiche Verbindungen zu anderen Neonaziorganisationen, insbesondere verschiedenen Kameradschaften, gibt, so führen natürlich erst recht viele Wege von HDJ-Mitgliedern zu den „Jungen Nationaldemokraten", der Jugendorganisation der NPD. Doppelmitgliedschaften werden dabei in der Regel nicht öffentlich gemacht.

6. Es vervollständigt nur das Charakterbild der HDJ, wenn immer wieder auch von rassistischen und antisemitischen Tendenzen in ihren Reihen berichtet wird. Artikel im „Funkenflug" hetzen gegen andersfarbige Fußballer, Kinder, gegen „Zigeuner" in Rumänien und anderen Balkanländern. Die DFB-Kampagne gegen



Rassismus wird verhöhnt. Nazistische Sprachregelungen zu den angeblichen Vorzügen der „weißen Rasse“ oder zu Volk als „Schicksals- und Leistungsgemeinschaft“ bzw. „Erbanlagengemeinschaft“ werden übernommen.

HDJ-Aktivisten wie Christian Fischer aus Vechta und Ragnar D. (früher ansässig in Berlin, jetzt in Wusterhusen, Student in Greifswald, wo er auch als „Führer der Leitstelle Nord“ gilt) führten im Januar 2008 eine sogenannte „Rasseschulung“ durch. Nach Ermittlungen des Staatsschutzes, der im Mai deren Wohnungen „wegen des Verdachts der strafbaren Verbreitung rechtsgerichteter Ideologien“ durchsuchte, soll D. mehrere Vorträge gehalten und dabei den verbotenen NS-Hetzfilm „Der ewige Jude“ gezeigt haben. Außerdem soll er Kopien des Films gefertigt und verbreitet zu haben.

Verdeckte antisemitische Hetze findet sich, wenn bei einem Artikel über den ehemaligen Telekomchef Ron Sommer dieser als „Israeli Aaron Sommer“ vorgestellt wird, der „Deutschland verkauft und verschachert“ oder in der Diffamierung des Tagebuchs der Anne Frank.

7. Die HDJ verfügt über eine klar strukturierte hierarchische Organisation. Weniger klar zu erkennen sind die Auswahl der Orte ihrer wichtigsten Aktivitäten und die Methoden, mit denen Öffentlichkeit und Aufsichtsbehörden hinters Licht geführt werden.

Zunächst existieren vier verschiedene Leitstellen – Nord in Greifswald, West in Detmold, Süd im bayrischen Alzenau, Mitte in Berlin. Diesen sind sogenannte „Einheiten“ als Untergruppierungen zugeordnet, die jedoch nicht einfach identisch mit Bundesländern sind. Zu „Nord“ gehören die Einheiten Mecklenburg und Pommern, Nordland in Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Zu „West“ gehören die Einheiten „Hermannsland“ (Westfalen und westliches Niedersachsen) und Nordrhein-Westfalen. „Süd“ kommandiert die Einheiten Franken, Schwaben und Bayern. „Mitte“ schließlich ist für die Einheit „Preussen“ (früher „Berlin“) zuständig, offensichtlich hat sich aber der Aktionskreis über Brandenburg hinaus auch nach Sachsen-Anhalt und auf die neu gebildete Einheit Sachsen/Niederschlesien ausgeweitet.

Da die Hauptform der HDJ-Zusammenkünfte die Lager sind, finden sich solche Veranstaltungen entsprechend vor allem auf dem flachen Land, in der freien Natur, in Jugendherbergen oder auch auf Privatgrundstücken. Bestimmte Schwerpunkte deuten auf die Aktivität der einzelnen Einheiten hin. Viele Lager sind aber auch bundesweit angelegt, an denen verschiedene Einheiten teilnehmen. Nicht wenige Aktivitäten wie Lager, Märsche und Wanderungen konzentrieren sich auf das Weserbergland, wo sich für die HDJ reichlich Anknüpfungspunkte zum germanischen Kult finden lassen. Hervorstechend sind auch die Aktivitäten in Mecklenburg und Franken. Zugenommen haben diese auch in Sachsen.

Der Weg zum Verbot

Zunächst ist festzuhalten, dass für ein Vereinsverbot bei Vorliegen entsprechender Gründe keine so schwierigen Hürden wie für ein Parteiverbot bestehen, weshalb ja Innenminister von Bund bzw. Ländern davon auch Gebrauch gemacht haben wie beim Verbot von Kameradschaften oder wie zuletzt bei dem rechtsextremen Verein Collegium Humanum in Vlotho.

Weiter ist bekannt, dass schon länger in mehreren Bundesländern die Aktivitäten der HDJ von den Polizeibehörden beobachtet werden und vereinzelt auch der Verfassungsschutz in Berichten Warnungen aussprach. So führte in Brandenburg das polizeilich festgestellte provokatorische Auftreten von uniformierten HDJ- Mitgliedern in Oranienburg bis zu Hausdurchsuchungen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen. Der bayrische Innenminister Herrmann stellte am 26.10.2007 klar, dass die HDJ mindestens seit 2004 Beobachtungsobjekt ist, wobei er allerdings meinte, noch keine gerichtsverwertbaren Erkenntnisse gewonnen zu haben, wonach die HDJ als Nachfolgeorganisation der Wikingjugend anzusehen sei. Deutlich forderte Berlins Innensenator Körting Ende 2007 und im Mai 2008 ein Verbot der HDJ, unterstützt von innenpolitischen Sprechern der SPD und der Linkspartei. Berlin war das erste Bundesland, das in seinen Verfassungsschutzberichten auf die Gefährlichkeit der HDJ hinwies. Gleichzeitig wurde in Berlin Kritik laut an Bayern und Hessen, die mit dem Verzicht auf die Erwähnung der HDJ in den Berichten deren Gefahr herunterspielten. Erst recht hätte aber Kritik nach Sachsen gerichtet werden müssen, wo im Herbst 2007 das Innenministerium bei Anfragen der Grünen und der Linken im Landtag immer noch behauptete, dass von der Existenz eines sächsischen Landesverbandes der HDJ nichts bekannt sei, während die HDJ selbst bereits im April stolz über die Feiern zur Gründung von Einheiten in Sachsen und Thüringen berichtete.

Das Bundesinnenministerium beschränkte sich 2007 auf die Ablehnung eines Antrages der HDJ auf Zulassung ihrer Kleidung, stellte aber heraus, dass sie die HDJ nicht als jugendpflegerische, sondern eindeutig als politische Organisation betrachtet. Die von der HDJ dagegen formulierte Klage wurde ausgerechnet von Rechtsanwalt Wolfram Nahrath, dem letzten Bundesführer der Wikingjugend eingereicht.

Zunehmende Kritik der Medien an „hilflosen“ und „wegschauenden“ Behörden gegenüber der HDJ und immer neue Berichte über erhöhte Aktivitäten der Organisation im Jahre 2008 haben nun zu einer veränderten Situation geführt, die die Frage des Verbots der HDJ auf die Tagesordnung der Politik setzt. Sie ist nun auch im Bundestag angekommen, wo im Juni 2008 Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der FDP in ähnlich formulierten Anträgen die Bundesregierung auffordern, ein Verbot der „Nazi-Jugendorganisation“ bzw. des „Vereins“ Heimattreue Deutsche Jugend zu prüfen. In ihrer Begründung stützen sich die Fraktionen dabei auf aktuelle Meldungen, aber im Kern auch auf den neuen Verfassungsschutzbericht des Bundes für 2007, in dem der neonazistische Charakter der HDJ, ihre Rolle im rechtsextremen Spektrum und ihre umfangreichen szeneübergreifenden Kontakte betont werden. Verbotsforderungen haben inzwischen der Zentralrat der Juden in Deutschland und weitere führende SPD-Funktionäre erhoben.

Die jüngste Verlautbarung aus dem Bundesinnenministerium zur Thematik verzichtete weiter auf eine öffentliche Festlegung. Ministeriumssprecher Stefan Paris erklärte am 13. August: „Über Verbote sprechen wir nicht, Wir sprechen sie aus.“ Er versicherte, dass man im Bereich der Sicherheitsbehörden in alle Richtungen, die damit zusammenhängen könnten, denke und prüfe.

Auch im Falle der HDJ ist klar, dass ein Verbot allein nicht ausreicht, dass es nicht nur entschlossener Maßnahmen zur Durchsetzung, sondern auch weiterer umfassender Aufklärung in der Öffentlichkeit bedarf. Wichtige Zeichen setzten dabei zum Beispiel eine Elterndemonstration in Detmold gegen die Verführung von Kindern und Jugendlichen im Aktionsraum der Einheit „Hermannsland“ der HDJ, die rasche Auflösung des HDJ-Camps in Hohen Sprenz nach Hinweisen aufmerksamer Bürger oder die Entfernung des HDJ-Führers Ragnar Dam (Chef der Einheit Mecklenburg-Pommern und Führer der Leitstelle Nord) aus dem Technischen Hilfswerk in Greifswald, wo er sich ebenfalls eingenistet hatte.

Vor allem gilt es, die demokratische Jugendarbeit ebenso weiter zu stärken wie das zivilgesellschaftliche Engagement gegen die neonazistischen und anderen rechtsextremen Strukturen.

Dr. Roland Bach ■

Atombomben-Kehraus am Fliegerhorst Büchel

Menschen aus allen Teilen Deutschlands und mehreren europäischen Ländern – und natürlich auch aus Köln – demonstrierten am 30.8. vor dem Fliegerhorst Büchel in der Eifel für den Abzug der letzten Atomwaffen aus Deutschland. Unter dem Motto „Vor der eigenen Türe kehren" versammelten sich die ProtestlerInnen mit Besen vor dem Atomwaffenlager zum großen Kehraus.

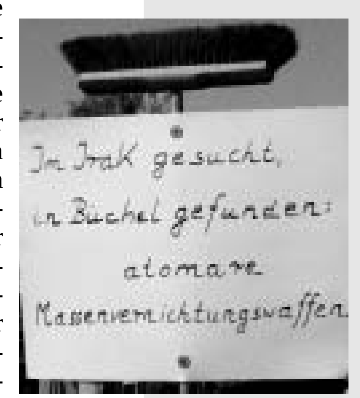


Fotos: www.arbeiterfotografie.com

„Wer sich für Abrüstung weltweit einsetzen will, muss zu allererst vor der eigenen Türe kehren.", sagte Paul Russmann, Sprecher der Kampagne „unsere zukunft – atomwaffenfrei", die zu der Demonstration aufgerufen hatte: „Wir fordern die Bundesregierung auf, den Abzug der letzten 20 US-Atomwaffen aus Deutschland zu veranlassen und den kompletten Ausstieg Deutschlands aus der nuklearen Teilhabe zu erklären. Die weltweite Abrüstung von Atomwaffen ist heute wieder so wichtig wie vor 20 Jahren." Die Kampagne „unsere zukunft – atomwaffenfrei" ist ein Zusammenschluss von 48 Organisationen, Verbänden und Initiativen.

Der Psychoanalytiker und Buchautor Horst-Eberhard Richter stellte eine bisher unveröffentlichte Forsa-Umfrage vor, die von der Ärzteorganisation IPPNW in Auftrag gegeben wurde. Demnach sind 84 Prozent der deutschen Bevölkerung der Meinung, dass die Bundesregierung umgehend für die Beseitigung der Atombomben sorgen sollte, die auf deutschem Boden zum Einsatz durch Bundeswehr-Tornados bereit liegen.

Bei dieser Ablehnung gibt es Forsa zufolge nur sehr geringe Differenzen unter den Anhängern der verschiedenen Bundestagsparteien. „Warum spiegelt sich diese überragende Mehrheit nicht in der Bundestagsdebatte wider? Die Abgeordneten sind doch Repräsentanten dieser 84 Prozent, oder etwa nicht?", fragte Richter und forderte: „Wir hier unten müssen uns unbequem machen. Wir können doch nicht zu einem Verteidigungsminister Jung schweigen, der unbedingt die Bomben in Büchel hier behalten will und offenbar nicht begreift, dass er statt als beauftragter Beschützer unserer Sicherheit inzwischen selbst als gefährliches Sicherheitsrisiko im Lande begriffen wird."



Richter erinnerte an die Forderung von Andrej Sacharow, dem russischen Schriftsteller und Bürgerrechtler, dass jedes Kind das Recht habe, nicht unter dem Damoklesschwert atomarer Vernichtung aufwachsen zu müssen. „Wir rufen heute in Stellvertretung unserer Kinder und Enkel zur Verstärkung des Kampfes für dieses Recht auf", so Richter.

Der Vorsitzende der Internationalen JuristInnen gegen Atomwaffen (IALANA) Peter Becker unterstrich, dass die Atomwaffen in Büchel gegen geltendes Recht verstoßen: „Sie haben in Deutschland nichts zu suchen. Sie verstoßen vielmehr gegen das Völkerrecht und gegen das Friedensgebot des Grundgesetzes!" Becker verwies auf das Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes (IGH), der schon 1996 festgestellt hatte, dass Atomwaffen generell völkerrechtswidrig seien. Ihr Einsatz und die Drohung damit verstießen gegen das humanitäre Völkerrecht, argumentierten die welthöchsten Richter. Becker erinnerte zudem an das Gewaltverbot in Artikel 2 der UN-Charta.

„Wir zeigen unseren PolitikerInnen die rote Karte. Sie müssen gezwungen werden, die nukleare Teilhabe endlich zu beenden und die Regierung der USA aufzufordern, die hier stationierten Atomwaffen unverzüglich abzuziehen und niemals wieder Atomwaffen in Deutschland zu stationieren", sagte Bernd Hahnfeld von den Internationalen JuristInnen gegen Atomwaffen (IALANA): „Gemeinsam mit vielen Menschen in unserem Land erklären wir: Wir wollen diese Massenvernichtungswaffen nicht!"

www.atomwaffenfrei.de ■

Krieg ist kein Mittel zur Konfliktlösung

Anlässlich des internationalen Antikriegstags am 1. September 2008 fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund alle Staaten auf, zivilen Konfliktlösungen vor militärischen Interventionen absoluten Vorrang einzuräumen. Jede militärische Auseinandersetzung hat ihre erkennbaren Vorzeichen und muss durch eine präventive Friedenspolitik vermieden werden.

Der Antikriegstag erinnert an den deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939, mit dem der schrecklichste Krieg der Menschheitsgeschichte mit 60 Millionen Toten begann. Der Gedenktag ist heute aktueller denn je. Die Kriege im Irak, in Afghanistan und Palästina sowie zahlreiche Konflikte in Regionen Afrikas und Lateinamerikas führen uns täglich den Tod und das Leid von Millionen Menschen durch Gewalt, Hunger, Krankheit oder Vertreibung vor Augen.

Der russisch-georgische Konflikt gibt Anlass zur Mahnung, ethnische, wirtschaftliche, territoriale, geostrategische oder sonstige politische Auseinandersetzungen ausschließlich und rechtzeitig mit friedlichen Mitteln zu lösen. Die Europäische Union und die OSZE müssen ihre Vermittlungsbemühungen verstärken, auch um einen Rückfall in die Mechanismen des Kalten Krieges zu verhindern.

Die Weltgemeinschaft – und insbesondere die Vereinten Nationen – dürfen den Ursachen kriegerischer Konflikte nicht länger weitgehend tatenlos zusehen.

Der DGB schlägt als vorrangige Maßnahme ein internationales Verbot des Waffenhandels mit Diktaturen vor. Auch heimliche Aufrüstungen müssen gestoppt werden, wo immer sie offenkundig werden. Gewerkschafter in Südafrika haben zum Beispiel im Frühjahr 2008 verdeckte Waffenlieferungen für die Machthaber in Simbabwe erfolgreich verhindert. Auch das boomende Geschäft mit Leichtwaffen und Rüstungsgütern aus ehemaligen Beständen des Ostblocks muss beendet werden. Die Profitinteressen der privaten und staatlichen Waffenhändler dürfen nicht noch mehr Leid über die Menschheit bringen.

Der DGB fordert die Europäische Union auf, ihre Sicherheitspolitik konsequenter zu gestalten. Dafür müssen weltweit zivilgesellschaftliche Strukturen gefördert werden, die eine demokratische Konfliktbewältigung ermöglichen. Die Probleme in vielen Teilen der Welt beweisen, wie schwer anhaltende Konflikte zu befrieden sind, wenn äußere Mächte sie für ihre eigenen Interessen missbrauchen. Zusätzliche Stationierungen von Soldaten schaffen keinen dauerhaften Frieden, wie die Beispiele Afghanistan und Irak zeigen. Derzeit wird mehr für militärische Interventionen ausgegeben als für den Aufbau ziviler Infrastrukturen. Das muss sich ändern.

www.ig-metall-muenchen.de ■

Bundesweiter Aktionstag ohne Abschiebungen

Um den 30. August herum protestierten, demonstrierten und blockierten AbschiebegegnerInnen in ganz Deutschland, um Abschiebungen zu verhindern und für Bewegungsfreiheit zu kämpfen. Der Protest richtete sich gegen das System der Migrationskontrolle, gegen die Selektion von Einwanderern und gegen die Brutalität des Abschiebsystems.

Der 30. August war schon wiederholt Anlass für bundesweite Proteste gegen Abschiebehaft und die tödliche Migrationspolitik. Er steht symbolisch für alle Opfer von Abschiebehaft und Abschiebungen. 1999 starb der Abschiebehäftling Rachid Sbaai in einer Arrestzelle der JVA Büren an einer Rauchvergiftung. Im Jahr 2000 stürzte sich der 28-jährige Mongole Altankhou Dagwasoundel bei dem Versuch, der Abschiebungshaft zu entfliehen, in den Tod. Schon 1983 hatte sich der türkische Asylbewerber Cemal Kemal Altun aus Angst vor der Abschiebung aus dem Fenster des Verwaltungsgerichts Berlin zu Tode gestürzt, 1994 starb der Nigerianer Kola Bankole nach Gewalteinwirkung durch BGS-Beamte in der Lufthansa-Maschine, mit der er abgeschoben werden sollte.

Der Aktionstag ohne Abschiebungen wurde von der Bürengruppe Paderborn angeregt und seit Monaten vorbereitet. Neben Demonstrationen beispielsweise vor Abschiebegefängnissen gab es Infostände, kreative Straßenaktionen, Sit-Ins vor Ausländerbehörden, Lesungen und einige Überraschungen.

Aktionstag gegen Abschiebungen in Mannheim

Etwa 400 Menschen folgten am 30.8. dem Aufruf zu einer Demonstration des Bündnisses „Abschiebefrei Mannheim“, die unter dem Motto „Das Migrationsregime angreifen; Abschiebungen stoppen!“ stand. Die Demonstration fand im Rahmen eines österreich- und deutschlandweiten Aktionstags gegen Abschiebungen statt, mit dem die rassistische Abschiebepolitik der Europäischen Union und ihrer Einzelstaaten thematisiert wurde.

Der Ak Antifa berichtet: „Bei der Auftaktkundgebung am Alten Meßplatz wurden Redebeiträge zur Erklärung des Aktionstages gegen Abschiebungen, der repressiven deutschen Asylpolitik von 1980 bis heute und der Einbindung des Abschiebesystems in die kapitalistische Verwertungslogik gehalten.

Auf dem Weg durch die Mannheimer Neckarstadt informierten wir AnwohnerInnen und PassantInnen in verschiedenen Sprachen über das Anliegen der Demonstration. Die erste Zwischenkundgebung fand vor dem von der Diakonie betriebenen „Point-Store“ statt – dem Laden, in dem die Flüchtlinge gezwungen sind, nach einem Punktesystem einzukaufen.



Die Demonstration auf Zwischenstation vor dem Flüchtlingslager Pyramidenstr./Industriestraße

(Außer Taschengeld erhalten die Flüchtlinge kein Bargeld.) Vor dem Flüchtlingslager in der Industriestraße, in dem etwa 350 Menschen untergebracht sind, folgte ein Redebeitrag zum Lagersystem. Einige BewohnerInnen schlossen sich der Demonstration zum Abschiebeknast an.

Dort richteten wir Grußworte in fünf Sprachen an die Gefangenen. Zum Abschluss berichtete ein Redner über die massenhaften Widerrufsverfahren, durch die 10.000en Flüchtlingen, vor allem aus dem Irak und Afghanistan, ihr Bleiberecht wieder aberkannt wird. Ihnen droht jetzt die Abschiebung.

Eine Sprecherin des Bündnisses: ‚Unser Anliegen wurde von den Anwohnerinnen und Anwohnern positiv aufgenommen und erfuhr spontane Solidarität.‘ Insgesamt verlief die Demonstration friedlich, obwohl die Polizei durch den Einsatz berittener BeamtInnen provozierte. Diese bedrängten mit den Pferden mehrfach DemonstrantInnen. Nach der Abschlusskundgebung entschloss sich noch ein Großteil der Anwesenden zu einer Spontandemonstration durch die Neckarstadt.

Die Demonstration wurde unterstützt von: AK Antifa Mannheim, Anarchistische Gruppe Mannheim, Antifaschistische Initiative Heidelberg, Bündnis gegen Abschiebungen (BgA) Mannheim, Die AktionsGruppe, DIE LINKE, JUZ in Selbstverwaltung „Friedrich Dürr“, Linke Liste Mannheim, Stadträtin Gudrun Kuch.“

„Im Vorfeld der Demonstration hatten das Ordnungsamt und die Polizei mit schikanösen Auflagen provoziert. So waren Fahnenstangen und Transparente, die breiter als 1,5 Meter sind verboten, eine unverhältnimäßig große Anzahl an OrderInnen gefordert (diese sollten mit Warnwesten gekennzeichnet sein). Der AK Antifa Mannheim reagierte als mitveranstaltende Gruppe mit einer Pressemitteilung darauf. Diese wurde von der „Rheinpfalz“ aufgegriffen, woraufhin sich das Ordnungsamt rechtfertigen musste.“

AK Antifa Mannheim

Strafanzeige gegen Bundespolizei wegen Freiheitsberaubung

Büren. Am 30.8.08 stellte der Verein „Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren“ gegen die verantwortlichen Beamten von 12 Bundespolizei-Inspektionen an verschiedenen Flughäfen Strafanzeige wegen Freiheitsberaubung und Vollstreckung gegen Unschuldige. Es besteht der Verdacht, dass sie Flüchtlinge ohne richterlichen Beschluss eingesperrt haben.

Nach einer geheimen Dienstanweisung des Bundesministerium des Inneren, die sogenannte Best.-Rück Luft (Bestimmung über die Rückführung ausländischer Staatsangehörige) müssen Ausländerbehörden Ausländer, die sie abschieben wollen, bereits mehrere Stunden vorher der Bundespolizei am Flughafen übergeben. Die Bundespolizei benötigt ca. 15 bis 30 Minuten für die Kontrolle der Abzuschiebenden. „Die/der Abzuschiebende wird dann in einer Zelle (Gewahrsamsraum) eingeschlossen“, so berichtet der Landeskirchenrat Jörn-Erik Gutheil vom Forum Flughäfen in NRW gegenüber dem Verein „Hilfe für Menschen in Abschiebe-

haft Büren“ zumindest über die Lage am Flughafen Düsseldorf. Aus vielen Berichten von Betroffenen weiß der Verein, dass es an den anderen Flughäfen nicht anders aussieht.

Nach Art. 104 Grundgesetz ist jedoch vor jeder geplanten Festnahme zwingend ein richterlicher Beschluss einzuholen. Dieses gilt nach einem Rechtsgutachten, was der Verein „Hilfe für Menschen in AbschiebehaftBüren e.V.“ eingeholt hat, auch für Abzuschiebende, die in den Gewahrsamszellen eingesperrt sind. Doch gerade bei Direktabschiebungen, bei denen der Betroffene nachts von der Ausländerbehörde abgeholt und dann direkt zum Flughafen gebracht wird, fehlt es in der Regel an diesen Beschlüssen. Noch ist unklar, wie viele Menschen zu unrecht eingesperrt waren, doch es dürfte sich um einige tausend Fälle pro Jahr handeln.

Um diesen vermutlichen Straftaten Einhalt zu gebieten, hat der Bürener Verein bei den für die Flughäfen Berlin Tegel, Berlin Schönefeld, Frankfurt am Main, Düsseldorf, Hamburg, Bremen, Dresden, Stuttgart, Köln/Bonn, Hannover, Nürnberg und München zuständigen Staatsanwaltschaften Anzeigenerstattet. „Es ist ein Skandal, dass anscheinend über Jahre tausende von Menschen die Freiheit beraubt wurde, nur um sich die Arbeit zu sparen, einen richterlichen Beschluss herbeizuführen“, so Frank Gockel, Vorsitzender des Vereins „Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e.V.“ Es läge jetzt im Bereich der Justiz, dem Vorgehen der Bundespolizei schnellstmöglich Einhalt zugebieten, so Gockel weiter.

Die Strafanzeigen, das Rechtsgutachten, der Brief des Forums Flughäfen in NRW und weitere Dokumente sind auf der Seite www.gegenAbschiebehaft.de-veröffentlicht.

Das Stellen der Strafanzeige fand im Rahmen der bundesweiten Protestaktion „Tag ohne Abschiebung“ statt. Weitere Informationen erhalten Sie unter http://abschiebefrei.blogsport.de/

Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e.V. ■

Internet: www.gegenAbschiebehaft.de



Aktionstag in Hildesheim

Lampedusa platzt aus allen Nähten

ITALIEN. Absoluter Rekord in Lampedusa: Zur Zeit befinden sich ca. 2000 Flüchtlinge in dem für ca. 800 Personen ausgelegten Lager, unter ihnen Hunderte von Frauen und Kindern.

Mit einer Luftbrücke und der regulären Fähre nach Porto Empedocle sollen jetzt 500 Flüchtlinge nach Sizilien/Kalabrien gebracht werden. Es sei alles kein Problem, man habe die Matratzen in die Flure gelegt, so der Verantwortliche der Betreiber-Kooperative.

Lampedusa leidet unter Wasserknappheit und der Bürgermeister will jetzt Touristen und Lampedusaner mit einem Stacheldraht um das Lager vor den Flüchtlingen schützen, die da aber sowieso nicht rauskommen. Einen Artikel dazu in italienischer Sprache gibt es unter: http://www.ansa.it/opencms/export/site/notizie/rubriche/daassociare/visualizza_new.html_757631352.html

Quelle: fluechtlingsraete mailing list ■

UNHCR-Gutachten kritisiert deutsche Widerrufspraxis

BERLIN. Die Asyl-Widerrufspraxis in Deutschland steht nicht im Einklang mit der Genfer Flüchtlingskonvention und dem Europarecht.

Tausende von Flüchtlingen haben deshalb in den letzten Jahren ihren Status zu Unrecht verloren. Zu diesem Ergebnis kommt ein neues Rechtsgutachten des UN-Flüchtlingskommissariats (UNHCR) für den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg.

Hintergrund: Aufgrund der derzeit vorherrschenden Auslegung in Deutschland widerrufen die Behörden ihre Entscheidung über die Anerkennung eines Flüchtlings, wenn sich die Umstände in dem Heimatland der Betroffenen so geändert haben, dass keine Verfolgung droht. Auf Grundlage dieser Kriterien wurde z.B. seit der militärischen Invasion multinationaler Truppen im Irak im Jahre 2003 bis Ende 2007 systematisch der Flüchtlingsstatus von über 17.000 Irakern in Deutschland widerrufen.

Die durch tägliche Anschläge geprägte allgemeine Sicherheitslage, die prekären Lebensbedingungen und die faktisch fehlende staatliche Autorität in einigen Teilen des Landes wurden dabei als nicht relevant für den Widerruf eingestuft. Als ausschlaggebend galt allein die durch den Sturz des Saddam-Regimes erfolgte Veränderung im Irak.

Aus UNHCR-Sicht ist ein solcher gewaltsamer Umsturz für sich genommen nicht ausreichend für die Beendigung des Flüchtlingsstatus nach der Genfer Flüchtlingskonvention. Diese setzt neben einer umfassenden Prüfung des grundlegenden und dauerhaften Charakters der Veränderungen im Herkunftsland auch vor allem voraus, dass die Betroffenen effektiven und wirksamen Schutz durch die Behörden ihres Herkunftslandes erlangen und in Sicherheit und Würde in ihren Herkunftsstaat zurückkehren können. Dies erfordert zumindest, dass die grundlegendsten Menschenrechte geschützt sind und das Existenzminimum erlangt werden kann.

Diese Bedingungen sind jedoch im Irak bis heute nicht erfüllt.

Daher hatte UNHCR die deutsche Widerrufspraxis bisher stets als verfrüht kritisiert. Dass der Umsturz des Regimes noch nicht zu einerdauerhaften Stabilität und Sicherheit vor Verfolgung geführt hat, wird indirekt nun auch in der deutschen Praxis mit Blick auf nichtmuslimische Minderheiten aus dem Irak anerkannt. Sie gelten mittlerweile als aus religiösen Gründen verfolgt und nicht lediglich als „allgemeinen Gefahren“ in ihrem Heimatland ausgesetzt. Dies führte u.a. dazu, dass eine erhebliche Zahl von Irakern, deren Flüchtlingsstatus zuerst widerrufen worden war, im Zuge eines Asylfolgeverfahrens erneut als Flüchtlinge anerkannt wurde.

UNHCR hat diese Korrektur begrüßt, weist allerdings auch darauf hin: Eine Überprüfung anhand völkerrechtskonformer Kriterien hätte den Betroffenen das Wechselbad von Ab- und Anerkennung und die damit verbundenen existenziellen Sorgen erspart.

Um die weiterhin umstrittenen grundsätzlichen Auslegungsfragen zu klären, hat das Bundesverwaltungsgericht dem Europäischen Gerichtshof einen detaillierten Fragenkatalog vorgelegt. Erwartet wird eine verbindliche Auslegung, welche Kriterien bei der Beendigung des Flüchtlingsstatus anzuwenden sind. Die Luxemburger Richter müssen nun entscheiden, ob die deutsche Praxis mit EU-Recht vereinbar ist.

Maßgabe ist dabei die Vorschrift zur Beendigung des Flüchtlingsstatus in der sogenannten EU-Qualifikationsrichtlinie, die im Wortlaut der entsprechenden Regelung in der Genfer Flüchtlingskonvention entspricht.

www.fr-hessen.de ■

Papierlose Schülerin muss mit Abschiebung rechnen

Hamburg. Für die 15 Jahre alte M. aus Bolivien und ihre Mutter ist eine Eingabe anhängig und die Härtefallkommission will Anfang September über das weitere Vorgehen in ihrem Fall entscheiden.

M. ist mit 4 Jahren nach Deutschland gekommen und besucht hier mittlerweile die 9. Klasse einer Gesamtschule.

Als das Schülerzentralregister Ende 2006 eingeführt wurde, hatten wir deutlich darauf hingewiesen, dass papierlose Kinder durch das Register weniger „auffliegen“, als vielmehr der Schule fern bleiben werden, weil Einzelfallprüfungen unbekannten Ausgangs den Betroffenen zu wenig Sicherheit bieten. Auch die GAL hatte damals vehement gefordert, für die papierlosen Kinder eine Lösung zu finden, die ihnen den weiteren Schulbesuch ohne das Risiko der Abschiebung ermöglicht.

Anträge von GAL und SPD, die diesem Anspruch Rechnung trugen, wurden damals zurückgewiesen und die Familien auf die jetzt erstmals zu erprobende Einzelfallprüfung unbekannten Ausgangs verwiesen.

Seit Einführung des Registers haben sich mehrfach Eltern bei uns gemeldet, deren Kinder wegen Papierlosigkeit von den Eltern nicht eingeschult wurden, weil diese Angst vor Entdeckung hatten. Nicht nur die Eltern sind heute noch ängstlicher, auch für die Schulen ist die Situation schwieriger geworden. Der Mut und die Bereitschaft einzelner Schulen und Lehrer, sich den Problemen dieser Kinder zu stellen, haben seit Einführung des ZSR abgenommen. Manche SchulleiterInnen haben papierlose Eltern aufgefordert, ihre Kinder von der Schule zu nehmen, weil sie sie sonst melden müssten.

Vor diesem Hintergrund hat der Fall M. eine Bedeutung, die weit über den Einzelfall hinaus geht. Wenn in diesem Fall keine Lösung gefunden wird, die zu einer echten Perspektive für das hier völlig integrierte und heimische Mädchen führt, oder diese Perspektive an unzumutbare Bedingungen, wie z.B. die Ausreise der Mutter geknüpft wird, wird der Fall unter den ohnehin verunsicherten Betroffenen die Wirkung eines Alarms haben. Wir befürchten, dass eine Abschiebung der Familie oder die Ankündigung ihrer Abschiebung unmittelbar nach Erreichen eines Schulabschlusses des Mädchens dazu führen wird, dass nicht beschulte papierlose Kinder die Regel sein werden.

An einer solchen Entwicklung kann es kein öffentliches Interesse geben, weder in M.s Fall noch im Allgemeinen. Papierlose Kinder, die nicht die Schule besuchen, sind nicht nur bildungsmäßig benachteiligt, sie werden auch des einzigen kindlichen Schutzraumes beraubt, in dem sie Hilfe suchen können oder in dem Kindeswohlsschädigungen bemerkt werden können. Das Zentralregister wurde 2006 in einer Kampagne mit der Überschrift „Hamburg schützt seine Kinder“ veröffentlicht. Jetzt wird sich zeigen, wie ernst es den Zuständigen damit ist.



Fotos von den Aktionen während des Klima- und Antira-Camps, Quelle: indymedia

M. hat, wie andere Kinder, ein Recht auf Schule. Nach Art 8 EMRK sind ihre Integration und ihre besonderen Bindungen in ihrer Heimatstadt Hamburg bei einer Entscheidung über den Aufenthalt zu berücksichtigen.

Es ist in der Rechtsprechung der Obergerichte und des Bundesverwaltungsgerichts inzwischen allgemein anerkannt, dass eine Aufenthaltsbeendigung dem Art. 8 EMRK widersprechen kann. Insbesondere ist es stets geboten, den in Art. 8 Abs. 2 EMRK verbrieften Grundsatz der Verhältnismäßigkeit des staatlichen Eingriffs in das geschützte Familien- und Privatleben zu wahren. Das Bundesverwaltungsgericht hat dazu in seinem Urteil vom 29.9.1998, BVerwG 1 C 8.96 explizit ausgeführt:

„Eine Verletzung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes kommt danach etwa bei Ausländern in Betracht, die aufgrund ihrer gesamten Entwicklung faktisch zu Inländern geworden sind und denen wegen der Besonderheit des Falles ein Leben im Staat ihrer Staatsangehörigkeit, zu dem sie keinen Bezug haben, nicht zugemutet werden kann.“ (InfAuslR 1999, S. 54 ff.)

Genau dies ist bei M. der Fall. Sie ist mit vier Jahren nach Deutschland gekommen und hält sich nunmehr elf Jahre lang in der Bundesrepublik auf. Zu ihrem Herkunftsland hat sie keinerlei Bindungen. Es wäre schon irreführend, in ihrem Fall von Integration zu sprechen. Vielmehr ist sie gemäß der EMRK als faktische Inländerin zu betrachten.

Die EMRK genießt Vorrang vor dem Aufenthaltsrecht. Die EMRK ist mit Zustimmungsgesetz nach Art. 59 Abs.2 GG in innerstaatliches Recht transformiert worden und steht auf der Ebene einfachen Bundesrechts.

In einer Entscheidung des EGMR Rechtssache „Sisojeva“ hat der Gerichtshof aus dem Schutz des Privatlebens auch ein Recht auf Aufenthalt hergeleitet, EGMR, EuGRZ 2006, S.554.

Die gelungene vollständige Integration und die stabile schulische und sonstige Entwicklung M.s, sind letztlich auch den Eltern zugute zu halten und sprechen für eine sehr gute Integrationsleistung und -fähigkeit der Mutter.

Fluchtpunkt, 25.8.08 ■



Im Rahmen des Klima- und Antira-Camps in Hamburg fanden vielfältige Aktionen statt, hier eine Aktion am Flughafen am Tag gegen Abschiebungen.

Weitere Bilder, Berichte und Videos auf http://de.indymedia.org

Über 600 irakische Flüchtlinge an der Grenze abgewiesen

BERLIN. Aus einer nun vorliegenden Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage (16/10152) der Fraktion DIE LINKE. geht hervor, dass im Jahr 2007 über 600 irakische Flüchtlinge an der Grenze abgewiesen wurden. Im gleichen Zeitraum wurden 17 irakische Staatsangehörige auf dem Luftweg abgeschoben. Dazu erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin:

„Es ist ungeheuerlich: Menschen fliehen vor Bürgerkrieg und alltäglicher Gewalt, um an den Grenzen eines vermeintlich sicheren Staates abgewiesen zu werden. Weil sie nicht über die nötigen Papiere verfügten oder über einen anderen EU-Staat eingereist waren, also aus rein formalen Gründen, ereilte dieses Schicksal im Jahr 2007 über 600 irakische Flüchtlinge. DIE LINKE. fordert ein Ende dieser Abschottungspolitik gegenüber Menschen in Not."

Die Kleine Anfrage und die Antwort können auf meiner homepage abgerufen werden.

Ulla Jelpke, MdB
Web: http://www.ulla-jelpke.de ■

Interkulturelle Woche vom 28. September bis 4. Oktober

Die diesjährige Interkulturelle Woche findet vom 28. September bis 4. Oktober statt. Die zentrale Auftaktveranstaltung ist am 26. September in Schwerin.

Das Motto lautet „Teilhaben – Teil werden!" Thematisiert werden Möglichkeiten und Begrenzungen der Partizipation von Migrantinnen und Migranten in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen wie Schule, Ausbildung und Berufswelt. Damit zusammenhängend wird nach Antidiskriminierungsmaßnahmen gefragt und danach, wie sich Gruppen der Zivilgesellschaft aktiv einbringen können. Ein Themenfeld widmet sich Menschen ohne Papiere.

Dabei gibt es sehr vielfältige Aktionsformen. Diese reichen von Lesungen, Musik-, Film-, Theater- und Tanzveranstaltungen, Diskussionen, Workshops, Seminare, Sportveranstaltungen, Festen sowie Tagen der Offenen Türe bei Religionsgemeinschaften, Institutionen, Unterkünften und Schulen bis hin zu Gottesdiensten und Friedensgebeten sowie Andachten.

Die Interkulturelle Woche ist eine Initiative der Deutschen Bischofskonferenz, der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Griechisch-Orthodoxen Metropolie. Sie wird von den Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Kommunen, Ausländerbeiräten und Integrationsbeauftragten, Migrantenorganisationen und Initiativgruppen unterstützt und mitgetragen. Rund 3.000 Veranstaltungen in über 270 Städten und Gemeinden sind bislang geplant. Im Rahmen der Interkulturellen Woche findet am 3. Oktober der von Pro Asyl getragene Tag des Flüchtlings statt. Ebenfalls am 3. Oktober können im Rahmen des Tags der offenen Moschee zahlreiche Moscheen in Deutschland besucht werden.

Zahlreiche Infos und Anregungen für Aktionen sowie Möglichkeiten Infomaterialien, Plakate oder Postkarten zu bestellen finden sich auf:

www.interkulturellewoche.de ■

Neuregelungen für Geduldete greifen zu kurz

BERLIN. Das Bundeskabinett hat einen Entwurf für ein Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz beschlossen. PRO ASYL begrüßt die darin enthaltene Entfristung der Härtefallregelung (§ 23 a AufenthG). PRO ASYL hatte sich dafür eingesetzt, der Arbeit der Härtefallkommissionen eine dauerhafte Grundlage über das Jahr 2009 hinaus zu geben. Dies ist jetzt geschehen. Die weiteren geplanten Neuregelungen greifen, soweit sie Menschen mit Duldung betreffen, zu kurz.

Für beruflich qualifizierte Geduldete soll es künftig die Möglichkeit geben, zum Zwecke der Beschäftigung eine Aufenthaltserlaubnis zu erhalten. Die Voraussetzungen sind allerdings so restriktiv gestaltet, dass vermutlich nicht einmal das erklärte gesetzgeberische Ziel, aus der Gruppe der Geduldeten die qualifizierten Fachkräfte abzuschöpfen, erreicht werden kann.

Geduldete müssen entweder aufgrund einer mindestens dreijährigen Ausbildung einen anerkannten Berufsausbildungsabschluss oder einen Hochschulabschluss erlangt haben bzw. als Hochschulabsolvent mit anerkanntem Studienabschluss zwei Jahre in einem ihrer Qualifikation entsprechenden Beruf gearbeitet haben.

Auch Fachkräfte, die zwei Jahre lang in einem Beruf gearbeitet haben, der eine dreijährige Ausbildung voraussetzt, sind theoretisch begünstigt. Die Zahl der Geduldeten, die von dem neuen Weg zur Aufenthaltserlaubnis profitieren könnten, dürfte allerdings extrem klein sein. Denn Geduldete wurden bislang mit arbeitserlaubnis- und leistungsrechtlichen Hindernissen faktisch an der Aufnahme von Arbeit und Ausbildung gehindert.

Die Regelung wirkt absurd: Jahrelang hat man Geduldete mit allen Restriktionen von Arbeit, Ausbildung und Studium abgehalten – jetzt sollen diejenigen, die es trotz alledem geschafft haben, diese Hindernisse zu überwinden oder zu umgehen, als qualifizierte Kräfte einen Aufenthalt erhalten.

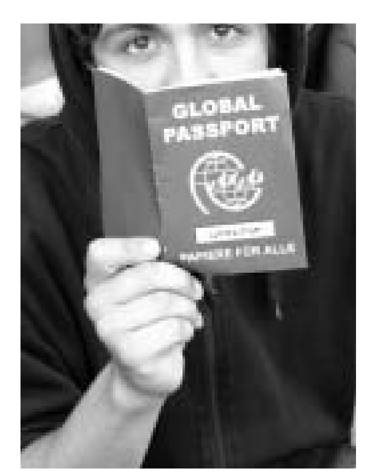
Der Entwurf des Arbeitsmigrationssteuerungsgesetzes hätte anstelle seiner einseitigen Konzentration auf die Interessenlage der deutschen Wirtschaft auch Gelegenheit geboten, die Härten der Bleiberechtsregelung abzumildern. Es

zeichnet sich immer deutlicher ab, dass z.B. alte und kranke Menschen keine Chance haben werden, deren Voraussetzungen zu erfüllen.

http://www.proasyl.de ■

Ausgezeichnet: Medizinhilfe in der Grauzone

NIEDERSACHSEN. Laudatorin Landesbischöfin Käßmann fordert Straffreiheit für Flüchtlingshelfer. Rund 10.000 Menschen leben in der Region Hannover ohne geregelten Aufenthaltsstatus. Das sind 10.000 Menschen auf der Flucht, ohne Papiere, ohne Hoffnung, ohne medizinische Versorgung. 10.000 Menschen, für die eine Grippe eine Katastrophe sein kann. Denn jeder normale Arztbesuch, jeder Krankenhausaufenthalt könnte ihre Entdeckung und damit ihre Abschiebung bedeuten. Verschleppte Krankheiten, bedrohliche gesundheitliche Fehlentwicklungen sind häufig die Folge. Anonym und unbürokratisch hilft in solchen Fällen die Medizinische Flüchtlingssolidarität Hannover.



„Schweißgebadet kam kürzlich ein herzkranker Mann zu uns. Er atmete schwer. Eine Zeit lang habe er ein Herzmedikament eingenommen, aber dann sei die Packung aufgebraucht gewesen - ohne Chance, die lebenswichtige, aber verschreibungspflichtige Medizin wieder zu besorgen", schildert die Medizinstudentin Sophia Schelcher einen aktuellen Fall. Sophia Schelcher kontaktierte sofort einen Kardiologen und organisierte unmittelbar den Termin. „Der Mann hatte nicht mehr viel Zeit, Herzkranke, wie dieser, gehören in eine kontinuierliche medizinische Betreuung!" Meist sind es Studierende, die seit nunmehr zehn Jahren den "Papierlosen" im Notfall helfen, den Kontakt zu Ärzten herstellen, die bereit sind, abseits des ordentlichen Gesundheitssystems zu behandeln.

Ganz schwierig sei es auch bei Geburten. Hat die Mutter keinen Pass, dann kann auch das Kind nicht gemeldet werden. Keine Geburtsurkunde, kein Recht auf einen Schulbesuch, kein Kindergarten und so weiter. „Aber was schwerer noch wiegt," sagt Schelcher, „die Mutter kann später nicht nachweisen, dass es ihr Kind ist!" Das heißt, bei einer Ausreise oder Abschiebung kann es zur Trennung von Mutter und Kind kommen.

Schelcher und ihre Mitstreiter sind jetzt mit dem mit 7.500 Euro dotierten „Julius-Rumpf-Preis" ausgezeichnet worden. In der Laudatio betonte Landesbischöfin Margot Käßmann: „Es geht um Gerechtigkeit, nicht um Almosen! ... Humanitäre Hilfe muss eindeutig straffrei gestellt werden." Aktuell bewegten sich Helfende nämlich in einer rechtlichen Grauzone, Beihilfe zum illegalen Aufenthalt ist strafbar.

„Die medizinische Flüchtlingssolidarität engagiert sich für das Grundrecht eines jeden Menschen auf medizinische Betreuung, unabhängig von Herkunft und Status", erläuterte der Vorsitzende der Martin-Niemöller-Stiftung, Professor Martin Stöhr die Jury-Entscheidung. "Wir möchten mit dieser Preisverleihung auch die politische Forderung unterstützen, dieses Grundrecht in die Gesetzgebung einfließen zu lassen."

Der Julius-Rumpf-Preis erinnert an das Wirken des Wiesbadener Pfarrers Julius Rumpf (1874-1948), der führendes Mitglied der Bekennenden Kirche während der NS-Zeit war. Gestiftet wurde der Preis vom Ehepaar Ingrid und Günther Rumpf, einem Sohn des Namensgebers. Die Martin-Niemöller-Stiftung will mit dem Preis an das geistige Erbe des 1984 verstorbenen Widerstandskämpfers im Dritten Reich erinnern. Mit dem Preis zeichnet sie Menschen aus, die für Toleranz, gewaltfreie Konfliktlösungen, Mitmenschlichkeit und Versöhnung eintreten.

Quelle: Asphalt-Magazin 08/2007 – flucht@nds-fluerat.org ■

Die Bewegung der sans papiers Arbeiter ist weiter aktiv

FRANKREICH. Streiks finden vor allem in der Pariser Region statt. Die Streikenden wollen ihre Regularisierung und damit auch bessere Arbeitsbedingungen erreichen. Zum Teil besetzen sie die Betriebe, in denen sie arbeiten, damit die Patrons ihnen Arbeitsverträge geben. Arbeitsverträge wiederum sind eine der Voraussetzungen für eine Aufenthaltserlaubnis. So haben 130 Arbeiter, die schwerste Arbeiten im Baugewerbe verrichten, in Paris eine Agentur von Manpower besetzt und fordern ihre Regularisierung.

Die Streikenden werden von der französischen Gewerkschaft CGT, von Flüchtlings- und Migrantenorganisationen sowie Leuten aus den Stadtteilen unterstützt. Am 15. Juli 2008 verkündeten die CGT und die Association Droits devant!, dass seit dem drei Monate zuvor begonnenen Streik irregulärer MigrantInnen insgesamt 741 Arbeiter ohne Papiere Aufenthaltserlaubnisse erhalten hätten. Bekannt gegeben wurde das Faktum vor dem Restaurant Chez Papa in Paris, einem der ersten Plätze, wo der Streik ausgebrochen war. Lediglich in drei Fällen sei es nicht gelungen, die Angestellten ohne gültige Aufenthaltspapiere zu regularisieren.

Zwei Wochen zuvor hatten sich mehrere französische Organisationen, die irreguläre Migranten unterstützen, darüber beschwert, dass es für Frauen ohne Papiere, die dennoch arbeiten, besonders schwierig sei, ihre Situation in Frankreich zu legalisieren. Die meisten Frauen könnten in dieser Situation nur Teilzeitjobs übernehmen und kein ausreichendes Einkommen erzielen.

Während eines Protestmarsches durch Paris berichteten die Veranstalter, dass von 90 Frauen, die im Mai eine Aufenthaltserlaubnis beantragt hätten, nur sechs durch die Erteilung eines Aufenthaltstitels regularisiert worden seien. 800 sans papiers, die vereinzelt in verschiedenen Bereichen arbeiten, haben ein Gewerkschaftshaus besetzt. Sie wollen Druck auf die Gewerkschaften ausüben, damit diese sich auch für sie und ihre Regularisierung einsetzen.

Quelle: nv@proasyl.de ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Altdeutsche Großmacht-Ideen

Junge Freiheit Nr. 35/08 vom 22.08.2008

Der Konflikt zwischen Russland und den NATO-Staaten um den Einfluss in Georgien ist für das Blatt Anlass, die vorgeblich deutschen Interessen in diesem Konflikt zu beschreiben. Blatt-Autor Michael Paulwitz behauptet:

„Wo aber liegt der Interessen-Großraum der kontinentalen Mittelmacht Deutschland? In Mitteleuropa, zweifellos, im Osten und Südosten des Kontinents – in jenem Raum eben, der von der mittelalterlichen Ostsiedlung bis zur Habsburgermonarchie vom wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Einfluss des deutschen Sprachraumes geprägt worden ist. Kroatien und Bosnien-Herzegowina gehören mit Sicherheit dazu, wohl auch das Kosovo, Regionen, in denen sich Deutschland mit einigem Grund intensiv engagiert. Dagegen wird Deutschlands Sicherheit weder am Hindukusch noch am Elbrus oder am Kasbek erfolgreich zu verteidigen sein.“

Damit knüpft das Blatt nahtlos an die imperialistischen Großmachtvorstellungen der deutschen Bourgeoisie im 19. und 20. Jahrhundert an, die bekanntlich zu zwei Weltkriegen geführt haben. Dass das auch so gemeint ist, macht Paulwitz mit folgender Stellungnahme weiter hinten im Artikel deutlich:

„Weder die eine noch die andere Parteinahme wäre im Ernstfall einer deutschen Intervention die Knochen eines einzigen gesunden Panzergrenadiers wert. In ihrem Bestreben, sowohl mit Russland als auch mit Georgien das direkte Gespräch zu suchen und sich als ‚ehrlicher Makler‘ im Bismarckschen Sinne zu empfehlen, hat Bundeskanzlerin Angela Merkel daher den richtigen Weg eingeschlagen.“

Mobilisierung für die Anti-Islam-Konferenz

Junge Freiheit Nr. 37/08 vom 5.09.2008

Markus Beisicht und die diversen Pro-Braun-Organisationen kamen bislang im Blatt nur selten vor. In dieser Ausgabe erhält Beisicht einen Kommentar, der ihm Unbeugsamkeit andichtet und einige Skepsis über den Erfolg der Bewegung enthält:

„Mit seinem langjährigen politischen Weggefährten Manfred Rouhs (JF 24/07) schuf er schließlich 1996 Pro Köln, der er seit 2004 vorsteht und die sich inzwischen als Pro-Deutschland-Bewegung ausdehnt … Bleibt abzuwarten, ob ihm Erfolg beschieden ist oder er nur seine Biografie um ein weiteres Experiment bereichert.“

Das Blatt mobilisiert mit einer farbigen Großanzeige für die Konferenz, in der Beisicht aufruft: „Kommen Sie am 20. September zusammen mit Tausenden Patrioten aus ganz Europa, dem Bundestagsabgeordneten Henry Nitzsche, dem FPÖ-Chef HC Strache, dem Vlaams-Belang-Fraktionsvorsitzenden Filip Dewinter und Jean Marie Le Pen zur großen Abschlusskundgebung um 12 Uhr auf den Kölner Heumarkt! Helfen Sie uns, ein deutliches, unübersehbares Zeichen gegen die Islamisierung des christlichen Abendlandes zu setzen! Überall sprießen Moscheen wie Pilze aus dem Boden, Muezzinruf und Kopftücher überfluten Deutschlands Straßen …“

Diesen Hetztiraden wird Köln entgegentreten – die Stadt stellt sich quer gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

uld ■



die Anzeige in der Jungen Freiheit

Neofaschistisches „Fest der Völker“ in Altenburg verhindern!

ALTENBURG. Am Samstag, den 13. September, findet das sog. „Fest der Völker“ in Altenburg (Thüringen) statt. Die NPD ist zu diesem Anlass wiederum Gastgeber für zahlreiche neofaschistische Gruppierungen und Personen aus dem In- und Ausland. Auftritte und Reden von NPD-Größen und rechtsradikale „Kultur“angebote sollen dieses für die Nazis bedeutsame Event bestimmen.

Auch dieses Jahr wird wieder zum Widerstand gegen dieses europaweite rechtsextreme Festival aufgerufen. Das Jenaer Aktionsnetzwerk gegen Rechtsextremismus plant auf Basis der Jenaer Erklärung, diese Großveranstaltung der rechten Szene mittels bürgerschaftlichem Engagement aktiv zu blockieren.

Aus mehreren Thüringer Städten werden am Samstag morgen Busse nach Altenburg fahren, um es möglichst vielen Menschen zu ermöglichen, sich den Neonazis und ihrem braunen Gedankengut in den Weg zu stellen.

Auch die Thüringer Landesorganisationen der DKP und der SDAJ rufen dazu auf, sich aktiv an den Protesten und Blockadeaktionen des Aktionsnetzwerks zu beteiligen und somit ein deutliches Zeichen für ein tolerantes, antifaschistisches und weltoffenes Thüringen zu setzen. Nationalismus und Fremdenhass keine Chance geben! Das „Fest der Völker“ verhindern!

DKP und SDAJ Thüringen ■

Mehr Informationen unter:
www.aktions-netzwerk.de und
www.jena.antifa.net

BESTELLUNG: **Hiermit bestelle ich … Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)**

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507